



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schilderstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 2.

Berlin, den 14. April 1918.

13. Jahrgang.

Verräter der Arbeiterklasse.

Berlin, den 9. April 1918.

Ein Appell an die Urteilslosigkeit.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat in diesen Tagen ein Massenflugblatt herausgegeben, betitelt „Die Gewerkschaften und die politischen Streiter“. Im Wesentlichen ist dies Druckerzeugnis eine Schmähchrift gegen die „Unabhängige Sozialdemokratie“ und enthält eine Darstellung der Vorgänge während des politischen Massenstreiks der letzten Januar- und ersten Februartage dieses Jahres, für die die Bezeichnung Geschichtsfälschung viel zu milde ist. Die geistigen Väter dieses Zeitdokumentes sind viel zu gerissene und wohlunterrichtete Leute, als daß ihnen der wahre Lauf der Dinge nicht bekannt wäre. Aber sie rechnen auf die Urteilslosigkeit breiter Arbeiterschichten und nützen die ihnen günstige Konjunktur des Kriegszustandes aus, der es aus einer ganzen Reihe von Gründen unmöglich macht, die geschichtliche Wahrheit über jene Streikvorgänge festzustellen. Nebenbei hat das Flugblatt auch die denunziatorische Note, die den Gewerkschaftsführern und vielen Regierungssozialisten in den vier Kriegsjahren zur lieben Gewohnheit geworden ist. Das Walten der außerordentlichen Kriegsgesetze usw. erhält in ihm trotz einiger heuchlerischer Tiraden über die Reaktion seine moralische Rechtfertigung, und in noch schwebenden Justizaktionen wird der Staatsanwalt freudig zu dem Flugblatt greifen, um seine Anklagerede mit Argumenten zu speien, die ihm die „berufenen“ Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Präsentierteller entgegengebracht haben. Die Herren von der Generalkommission sind viel zu sehr mit den Kniffen der Justiz vertraut, um nicht zu wissen, daß dort Bezeichnungen wie „anonyme Agitatoren“, „unabhängige Drahtzieher“ usw. im Zusammenhange mit der tendenziösen Darstellung der Streikgeschichte ihre Wirkung tun.

Es versteht sich ohne weiteres, daß das Flugblatt im Grunde nichts weiter ist, als eine Rechtfertigung der Regierung. Was die Regierung in den Streiktagen getan oder unterlassen hat, wird von der Generalkommission als ein unabänderliches Fatum betrachtet, als eine Art höhere Fügung, der sich der arme Sterbliche ohne weiteres zu unterwerfen hat. Daher ist es ganz begreiflich, daß der Reichskanzler Graf Hertling bereit war, mit Vertretern der Generalkommission zu verhandeln, um Verhandlungen mit den Arbeitern wollte er bekanntlich nichts wissen. Die Generalkommission hätte mit Leichtigkeit ein paar unverbindliche Versprechungen herausgeschlagen und hätte sich dann vor den Arbeitern als die „einflussreiche“ Instanz spreizen können. Denn es wäre ihr auf ein paar Versprechungen mehr oder weniger in dieser an unerfüllten Verheißungen überreichen Zeit nicht angekommen. Da aus diesem schönen Plane nichts geworden ist und das Mißtrauen gegen die Gewerkschafts-Halbgötter unter der Arbeiterschaft immer weiter um sich greift, muß die Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder mit allen Mitteln bearbeitet werden. Diesem edlen Streben verdankt das Massenflugblatt sein Entstehen. Wenn in ihm von der „Macht und Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisation“ gesprochen wird, so ist damit in Wirklichkeit die Autorität und Machtstellung der Gewerkschaftsführer gemeint, dieser „unpolitischen“ Arbeitervertreter, deren ganzes Streben darauf hinausläuft, der deutschen Arbeiterklasse ihre Politik vom 4. August aufzuzwingen. Wer diese Politik nicht mitmachen kann und will, wird von ihnen ohne weiteres als „ein Verräter der Arbeiterklasse“ gestempelt. Mit

diesem Bannfluch glauben sie den urteilslosen Schichten der Gewerkschaftsmitglieder vor der Unabhängigen Sozialdemokratie graulich machen zu können. Allmählich werden aber auch den urteilslosesten Arbeitern die Augen aufgehen und sie werden erkennen, wo die „Verräter der Arbeiterklasse“ in Wahrheit sitzen. Vorläufig haben aber die Gewerkschaftsmitglieder, die nicht auf die Politik des 4. August schwören, sondern treu zum internationalen Sozialismus halten, die Aufgabe, in ihren Organisationen ihre Ueberzeugung zur Geltung zu bringen. An ihnen ist es in erster Linie, auf das Flugblatt der Generalkommission die rechte Antwort zu geben.

Der Sieg eines Programms.

Es ist ganz falsch den Regierungssozialismus als eine einheitliche Partei mit einheitlichen Anschauungen anzusehen. Im Gegenteil, je länger die Entwicklung vor sich geht, desto deutlicher und schärfer tritt die Scheidung der Geister und Richtungen im regierungssozialistischen Lager hervor. Es ist dort ein beliebter Sport, gelegentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen unabhängigen Sozialdemokraten und der Gruppe Internationale an die große Glocke zu schlagen. Aber man stellt sich blind und taub gegen das Rumoren der Poltergeister im eigenen Hause. Immer schärfer ertönt hier die Parole: „Die Politik der Generalkommission!“ auf der einen, „Die Politik des Parteivorstandes und des Stämpfer-„Vorwärts“ auf der anderen Seite. Und es kann schon heute kaum einem Zweifel unterliegen, daß der Regierungssozialismus, der schon längst den festen internationalsozialistischen Boden unter den Füßen verloren hat, die Fahnen vor der Generalkommission streichen muß.

Mit triumphierender Offenherzigkeit wird das jetzt fast in jeder Nummer der „Glocke“ ausgesprochen. Herr Lensch läßt da keine Gelegenheit unbenuzt, über die „Salbadereien des „Vorwärts“ ein paar Boshheiten zu sagen, um das weiche Stämpfergemüt auf die Bahn seiner sozial-imperialistischen Ziele zu peitschen. Und er hat auch immer wieder Erfolg damit gehabt; den Triumph seiner sozial-imperialistischen Strategie konnte Lensch in der Nummer des „Vorwärts“ vom 8. April genießen, in der Stämpfer, der sich so oft um andere Lösungen des Weltkriegsrätsels geplagt hat, zu dem Stöckelkammerling kommt: „Es ist jetzt keine andere Lösung der Weltwirren zu sehen als der erhoffte deutsche Sieg „auch im Westen“. Das hat Lensch seit Jahr und Tag gepredigt und sich über Stockholm, die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit, die vom Parteivorstand akzeptierte Friedensformel der Bolschewiki usw. weiblich lustig gemacht. Jetzt erklärt Stämpfer, der vielgewandte Herold der Parteivorstandspolitik: „Jetzt gibt es keinen anderen Weg zum Frieden als über den uns verheißenen militärischen Sieg“. Das ist aber auch gleichzeitig eine Kapitulation vor der Politik der Generalkommission, die ja von vornherein auf die rein militärische Liquidierung des Weltkrieges eingestellt war.

Der Sieg des politischen Programms der Generalkommission wird aber mit stolzer Genugtuung festgestellt von Herrn Heilmann, dem Leiter der F. K., die bekanntlich den führenden Personen der Generalkommission sehr nahe steht. In einem „Glocke“-Artikel weist Herr Heilmann nach, daß nicht die verschwommene Politik des Parteivorstandes und des „Vorwärts“, sondern die „klare Politik der deutschen Gewerkschaften“ in Niederbarnim den Sieg über die Unabhängigen davon-

getragen habe. Herr Heilmann macht dem „Vorwärts“ „Aeußerungen eines gänzlich phantastischen Internationalismus, einer gedankenlosen Schlagwortgläubigkeit (z. B. an das Selbstbestimmungsrecht der Völker!) und einer souveränen Mißachtung der Wirklichkeit“ neben anderen Wahlfünden zum Vorwurf. Natürlich läßt er daneben kein gutes Haar an der „undeutschen Partei“, der Unabhängigen Sozialdemokratie. Worauf es uns hier aber ankommt, ist der Nachweis, daß die pseudosozialistische Politik, die der „Vorwärts“ in höherem Auftrage zu machen versucht, um die Anhänger, die in der Scheidemannpartei die legitime alte sozialdemokratische Partei sehen, bei der Stange zu halten, den Drahtziehern der Generalkommission schon lange nicht mehr in den Kram paßt. Sie wollen, wie es Herr Heilmann ausdrückt, eine „wirkliche Politik der Regierungsunterstützung“ und „Beteiligung an der Bildung dieser Regierung“, sie wollen „die große einheitliche Linie der Landesverteidigung“ und „den großen Wurf zielsicherer Kleinarbeit“. Und was soll dabei für die Arbeiterklasse selbst herauspringen? Das Flugblatt der Generalkommission gibt darauf Antwort: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sollen gehoben, mehr Brot und mehr freie Zeit soll dem deutschen Arbeiter und seiner Familie errungen werden. Das ist alles. Kein Wort vom großen Befreiungstampe. Mehr Brot und mehr freie Zeit soll der Arbeiter aber nach Heilmann nur dann erhalten, wenn seine Gewerkschaftsführer „den festen Boden der Wirklichkeit unter den Füßen“ haben. Ist die „Wirklichkeit“ den ach so bescheidenen Forderungen nicht günstig, dann singt man dem guten Michel Arbeiter das alte Ciapopeia-Lied vor, dessen Melodie in dem Flugblatt der Generalkommission angestimmt worden ist.

Die Taktik des Parteivorstandes und seines Zentralorgans läuft darauf hinaus, den Arbeitern vorzutäuschen, seine Partei sei noch die alte Klassenkampfpartei mit ihren alten Zielen. Aber seit langem ist der Parteivorstand der Vasall der Generalkommission, ohne deren Unterstützung die regierungssozialistische Partei nicht leben und nicht sterben kann. Und jetzt trumpft der Lehnherr auf und Herr Heilmann spricht nur aus, was seit langem hinter den Kulissen Gegenstand von Eifersüchteleien und Machtansprüchen gewesen ist. Wenn er sagt: „Was du bist, das wage nur zu scheinen!“, so verlangt er als Wortführer der Generalkommission, daß sich die regierungssozialistische Partei offen und bedingungslos auf den Boden des Programms der Generalkommission stellt. Damit wird die deutsche Arbeiterbewegung zu einer reinen Reformbewegung degradiert, die auf einem weit niedrigerem Niveau stehen wird als die englische Gewerkschaftsbewegung vor Ausbruch des Weltkrieges. Will der Parteivorstand nicht Order parieren, so haben die Gewerkschaftsführer als geschickte Taktiker noch ein Eisen im Feuer: den Volksbund für Freiheit und Vaterland, der ihnen bei Einführung des Proportionalwahlsystems mancherlei politischer Beteiligungsmöglichkeiten bietet. Daß dieser Bund dem Parteivorstand nicht in den Kram paßt, beweist die Tatsache, daß der „Vorwärts“ über dessen Wirken nur immer sehr kurz und an versteckter Stelle mit sehr sauerwürstlicher Miene berichtet hat. Neben und wohl auch im Bunde mit der Generalkommission sucht auch der Kriegsmillionär Barbus Einfluß auf die regierungssozialistische Partei zu gewinnen. Dieser Renegat des proletarischen Klassenkampfes und in seiner Art interessante Repräsentant der Korruption weiß aus dem Hintergrunde seine Nationellen an goldenen Fäden meisterhaft zu ziehen.

Ueber all diese Erscheinungen wird im weiteren Verlauf der Dinge noch mancherlei zu sagen sein, wie auch über die von Mensch verfochtene These: „Deutschland vertritt das Prinzip der Revolution“, die erst im Zusammenhang mit den Vorgängen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ihre rechte Beleuchtung erhält.

Soviel steht fest: im Lager des Regierungssozialismus herrscht nicht die brüderliche Einigkeit, die man nach außen hin vortäuscht. Angesichts der Machtverteilung kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Programm der Generalkommission von der regierungssozialistischen Partei offen und restlos übernommen werden muß. Dieses Programm bedeutet in der Praxis: Anpassung an den kapitalistischen Staat und Praktiken mit dessen Militär- und Zivilgewalten, Unterstützung der Rüstungs-, Kolonial- usw. Politik des Imperialismus, Eintreten für eine Monopolwirtschaft, die die Arbeiterschaft der Ausbeutung des mit dem Fiskus verbündeten Großkapitals ausliefert, Mithilfe bei Aufbürdung der Steuerlasten, die der Weltkrieg dem Volke als Erbschaft hinterläßt. Dieses Programm ermöglicht wohl der Gewerkschaftsbureaucratie kleine Schachergeschäfte mit den staatlichen und kapitalistischen Gewalten, man wird ihr wohl auch ein bescheidenes Maß von staatlicher und gesellschaftlicher Anerkennung zubilligen, für die Arbeiterschaft selbst aber werden im günstigsten Falle nur bescheidene Brosamen abfallen, in der Hauptsache hat sie aber als eine stumme Herde dem Rufe ihrer Gewerkschaftshirten zu folgen.

Die deutsche Arbeiterklasse kann nach den furchtbaren Lehren der Kriegsjahre ein solches Programm nicht auf sich nehmen. Noch ist die Zahl der Kurzsichtigen und „Teufel“ osen unter ihr sehr groß. Desto mehr müssen die, denen die Augen geöffnet sind und die nur vom internationalen Sozialismus Heil und Errettung erwarten, den Kampf aufnehmen, den Kampf gegen die Heuchelei der regierungssozialistischen Partei und das Programm der Generalkommission, gegen ihre Abkommandierung zum „Bund für Freiheit und Vaterland“, gegen die Mächenschaften der Gewerkschaftsbureaucratie — gegen alle Verräter der Arbeiterklasse und des Sozialismus.

Böswillige Verleumder.

Von Rud. Breitscheid.

Altfränkischen Leuten, die immer noch dem Aberglauben anhängen, die Politik, die auswärtige so gut wie die innere, müsse unter gewissen feststehenden Gesichtspunkten getrieben werden, setzt die „Deutsche Tageszeitung“ auseinander, daß es in der Politik nichts Ueberflüssigeres und Schädlicheres gäbe, als Grundsätze. Solchen Ballast so schnell und so restlos als möglich über Bord zu werfen, sei Pflicht jedes Staatsmannes, der etwas erreichen wolle. Natürlich fehlt es auch nicht an einem Bismardwort, auf das sich diese Lehre stützen kann. „An Grundsätzen“, so hat der erste Kanzler einmal erklärt, „hält man nur fest, solange sie nicht auf die Probe gestellt werden. Geschieht das, so wirft man sie fort wie der Bauer die Pantoffeln und läßt, wie einem die Beine von Natur gewachsen sind... Wenn ich mit Grundsätzen durchs Leben gehen soll, so komme ich mir vor, als wenn ich durch einen engen Waldweg gehen sollte und müßte eine lange Stange im Munde halten.“

Wer sich Mühe gibt, der kann in den Reden und Schriften Bismarcks vielleicht auch eine Stelle ausgraben, in der das Gegenteil gesagt wird, denn zur grundsätzlichen Grundsatzlosigkeit gehört es, daß man auch über Wert oder Unwert von Grundsätzen nicht immer derselben Meinung ist, und sicher werden auch die Alldeutschen selbst, wenn es ihnen gerade in den Kram paßt, von ihrer eigenen politischen Prinzipienfestigkeit viel Ruhmens zu machen wissen.

Was die „Deutsche Tageszeitung“ veranlaßt, in diesem Moment der Elastizität des politischen Willens den Vorzug zu geben, ist der Wunsch, der Reichstagsmehrheit wieder einmal ihre absolute Unfähigkeit zu bescheinigen. Es stelle sich immer deutlicher heraus, wie verfehlt die berühmte Friedensresolution vom Juli vorigen Jahres gewesen sei und welcher Wahnsinn darin liege, heute noch an ihr festhalten zu wollen.

Hier werden gegen den bürgerlich-nationalsozialistischen Block Vorwürfe erhoben, die wir nicht auf ihm sitzen lassen können. Wir wissen zwar

nicht, ob ihm unsere aus gutem Herzen angebotene Unterstützung willkommen ist, aber selbstlos und objektiv, wie wir sind, eilen wir ihm gegen die Boshheit seiner alldeutschen Feinde zu Hilfe. Gibt es denn eine niederträchtigere Verleumdung der Reichstagsmehrheit als die, sie habe grundsätzliche Erwägungen folgend sich im vergangenen Sommer zu einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen bekannt und sie halte bis zum heutigen Tage in hartnäckiger Unverbrüchlichkeit an der Juliresolution fest? Selbst in unserer schnelllebigen und schnellvergessenden Zeit weiß man doch dreiviertel Jahre später noch, was im vergangenen Hochsommer den Block von Erzberger bis Scheidemann bewogen hat, das schöne Bekenntnis zu einer Art von demokratischem Frieden abzugeben.

Man huldigte dem Prinzip jener Enthaltensamkeit, von der Wilhelm Busch so schön sagt:

„Enthaltensamkeit ist ein Vergnügen
An Dingen, welche wir nicht kriegen.“

Mehr als das: Nicht nur die Herren vom Zentrum bedienten sich damals des als jesuitisch verschrienen Auskunftsmittels der sogenannten reservatio mentalis, zu deutsch des Gedankensporbhaltens, sondern die große Mehrheit der Mehrheit war im alldeutschen Sinne vernünftig genug, sich innerlich nicht auf den Wortlaut der Resolution festzulegen und sich nicht alle Hintertürlein zu verbarrikadieren.

Dem rückschauenden Betrachter erscheint eigentlich der Dr. Michaelis als der einzig unvernünftige Mensch. Der sprach das „wie ich sie verstehe“ offen aus, er brach darüber auch den Hals. Wie rückständig mutet der Nachfolger Bethmanns doch gegenüber jenen Heiden an, die nachher, als der Spektakel der Vaterlandspartei sie um ihre Mandate fürchten ließ, der erstaunt aufhorchenden Menge auseinandersetzen, daß sich mit einem Frieden ohne Annexionen Annexionen sehr wohl vereinbaren ließen, und daß der Verzicht auf Entschädigungen keineswegs den Verzicht auf Entschädigungen bedeute. Bis sie endlich aus all ihren Räten und Verlegenheiten durch die Erkenntnis gerettet wurden, Friedensgrundsätze verlorzen ihre Gültigkeit mit dem Ablauf des Jahres, in dem sie aufgestellt wurden.

Anderer, denen die Befristung der Grundsätze-treue noch ein wenig bedenklich erschien, haben sich im Schweige ihres Angesichts abgemüht, den Frieden im Osten mit der Entschließung des Reichstags in Einklang zu bringen, und es ist ein schönes Zeugnis von der bewundernswerten Einsicht des deutschen Volkes, daß es diese gesinnungstüchtigen Kerle nicht aus dem Parlament hinausgestürzt hat. Weniger fortgeschrittene Nationen würden so viel Sinn für die Feinheiten der Staatskunst nicht aufbringen.

Aber die, die ihre Prinzipien nach dem Kalender einrichten und die, welche mit den Elementarsätzen der Logik spielen, wie ein Jongleur mit brennenden Petroleumlampen, sind nicht einmal die stärksten Nummern. Es gibt unter den Juliresolutionären einige, die beide Methoden miteinander zu vereinigen verstehen.

Zu ihnen gehört der fortschrittliche Abgeordnete Ablaß, der vor kurzem seine Wähler zu Hirschberg über Sinn und Zweck seiner Abstimmung vom vorigen Sommer unterrichtet hat. Er gibt sich nicht lange mit dem immerhin eine gewisse dialektische Gewandtheit erfordernden Versuch ab, die Widersprüche zwischen dem Frieden im Osten und der Idee des Verzichts auf Annexionen und Entschädigungen hinwegzuinterpretieren, sondern er erklärt frisch, fromm und frei den Vertrag von Brest-Litowsk für eine schöne Frucht der Resolution des Deutschen Reichstags. Als die Mehrheit am 19. Juli ihre Schwurfinger hob, hatte sie also genau einen solchen Frieden im Auge, wie er dann mit Rußland geschlossen worden ist. Wer wird solch überragender Borausicht den Joll der Bewunderung versagen?

Und solchen erleuchteten Staatsmännern machen die Alldeutschen den Vorwurf, daß sie an der überlebten Auffassung vom Zwang zur politischen Grundsatzlichkeit festhielten! Angesichts eines so schreienden Unrechts wird man es verstehen, daß wir zum Schutze der Regierungsmehrheit das Wort ergreifen. Wenn Menschen schweigen, müssen Steine reden, und wenn die Scheidemannier — wie wir annehmen aus angeborener Vornehmheit — darauf verzichten, ihre Blockfreunde und sich selbst gegen die gehässigen Angriffe von rechts zu verteidigen, so sind wir entschlossen, löste es, was es

wolle, jeden einen böswilligen Verleumder zu nennen, der es wagt, dem Mehrheitsblock Grundsätze nachzujagen.

Das Lob der Agrarier.

Der „Sozialdemokrat“ Max Schippel widmet in den sog. „Sozialistischen Monatsheften“ dem Bund der Landwirte anläßlich dessen 25jährigen Bestehens einen langen, sehr langen Artikel. Ersichtlich zu dem Zweck, dem Agrarierbund zu seinem Jubiläum des großen Bauernfests „Gerechtigkeit“ widerfahren zu lassen. Daneben steigt er allen denen aufs Dach, die es sich haben einfallen lassen, in dem Landwirtschaftsbund nur eine nackte Interessenvertretung des agrarischen Großkapitals zu sehen und zu bekämpfen. Wie viel oder wie wenig für die wirklich notleidenden Kleinbesitzer bei dieser betriebsamen Gründung herausgekommen ist, wird dem Bund nur sehr nebenher angedeutet.

Wer die Tendenzen des Schippelschen Artikels nicht aus eigenem Studium der acht Druckseiten genauer kennen lernen will, gewinnt eine hinreichende Kennzeichnung aus den Lobeshymnen, die die Agrarpresse darüber anstimmt. Allen voran die „Deutsche Tageszeitung“, die für die sehr „beachtenswerten Ausführungen“ gleich dadurch Reklame macht, daß sie von ihnen sagt, sie würden „weder bei den Sozialisten noch bei den Demokraten Gnade finden“. Soweit wirkliche Sozialisten in Frage kommen, mag das stimmen. Das agrarische Blatt gibt folgende mit Zitaten belegte Schilderung der Schippelschen Darstellungen:

„Zunächst wendet er sich gegen die lächerlichen Zerrbilder der Bewegung, wie sie die Klopfflechterei der Linken immer zu zeichnen beliebte und stellt fest, daß in bezug auf die Politik des Agrarbüdhes der Bund ein direkter Fortführer der Bismarckschen Politik war, daß er dabei aber neben dem Widerstand der liberal-demokratischen Manchesterleute auch den der Regierungstreife zu überwinden hatte...“

Sieht er schon darin einen Beweis für die innere Kraft der Bewegung, so mehr noch in dem Festhalten aller Versuche, Konkurrenzgründungen auf die Beine zu bringen...“

Im weiteren befaßt er sich dann mit dem Vorwurf der reaktionären Wirkung, die vom Bunde ausgegangen sei und hält dabei den Leuten von der Linken einen Spiegel vor, indem er ihnen nachweist, daß gerade auf ihrer Seite die wirtschaftlich reaktionäre Gesinnung war, die nicht von den mancherlichen Zwangsvorstellungen loskam und in einer längst überholten Wirtschaftsauffassung verharrte und eigensinnig das Heil erblickte... Die Schuld am Rückgang der eigenen Stellung gibt er dem antiquierten Manchesterliberalismus selbst...“

Auch die Steuerpolitik des Bundes und seine Bestrebungen für Herbeiführung eines vernünftigen Lastenausgleichs betrachtet er nicht vom Standpunkt eines „enttäuschten Großstadtkämmerers“, sondern sieht auch hier das gesunde und im besten Sinne fortschrittliche Streben, dem Werden neuer Verhältnisse Rechnung zu tragen...“

„Sehr lehrreich ist auch, — was Schippel an allfälligen Beispielen für die durch die Tatsachen bewährte Borausicht des Bundes in Fragen der Surrogatbekämpfung anführt, wodurch wiederum in den Gegnern höchst peinliche Erinnerung an frisch-fröhliche Urteilslosigkeit gewekt wird...“

„Zum Schluß würdigt er dann die Bedeutung des Bundes für die Hebung des Standeshewußtseins der gesamten Bauernschaft, was ihm als Parallelererscheinung zur Evolution der Arbeiterklasse besondere Sympathie erweckt...“

Dieses Urteil von wirklich sachkundiger Seite wird insbesondere allen denen höchst unbequem sein und werden, deren Tendenz aus kluger Berechnung auf die Anwendung des Grundsatzes „divide et impera“ auch gegenüber dem Bauernstand gerichtet ist...“

„Man mag Schippel in seinem Artikel manches zugeben, was er dem vernünftigen Manchesterliberalismus angelastet hat, — im übrigen aber ist dieses begeisterte Lob aus berufenerm Agrarermunde für ihn aufs höchste kompromittierend. Von Sozialismus wie von Demokratie wird man nur mühsam oder gar nicht einen Hauch verspüren. Das Lob seitens der Agrarier ist mehr als eine Dankeschuld für den fulminanten „Jubiläumsartikel“ aus „sozialdemokratischer“ Feder. Es ist die Bloßstellung der sozial-reformistischen Neuorientierung.“

Die italienische Kammerfraktion und der Östriede.

Wir entnehmen der J. R.:

Auf ihrer Versammlung am 23. März in Rom protestierte die sozialistische Fraktion der italienischen Kammer gegen den Frieden von Brest-Litowsk und gab dem Ausdruck durch ein Telegramm an Ledebour, das der Schweizer Parteileitung zur Vermittlung übergeben wurde. Es lautet: „Die italienische sozialistische Kammergruppe dankt euch Rednern von der deutschen unabhängigen Fraktion für die Rettung der Ehre und die Wahrung der Ueberlieferung der sozialistischen Internationale durch eure Opposition gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk, dieser typischen Manifestation eines kapitalistischen Imperialismus, der die Freiheit der Völker bedrückt und den großen sozialistischen Aufschwung des russischen Proletariats hemmt. Sie wünscht, daß euer Vorbild die deutschen Mehrheitssozialisten von neuen Vergeben gegen die Internationale, die sie durch Billigung jener Verträge auf sich laden würden, abhält.“

Die J. R. bemerkt in ihrer schnoddrig-verlogenen Weise dazu:

Die Politik der italienischen Sozialdemokratie bezieht seit Kriegsbeginn aus Neben-Erklärungen und

Telegrammen; gewirkt oder verhindert hat sie nicht. Phrasenhaftigkeit und Latentlosigkeit macht sie zur leidlichen Schwester der deutschen „Unabhängigen“.

Die F. R. weiß ganz genau, welche erbitterten Kämpfe die italienische Partei innerhalb und außerhalb des Parlaments gegen die Kriegstreiber und die Kriegspolitik ihrer Regierung geführt hat und welche Opfer sie dabei bringen mußte. Die F. R. hat kürzlich erst selbst von der Beurteilung Bazzaris usw. berichten müssen. Solche Opfer haben Leute, die mit Bönne von der „Deutschen Tageszeitung“, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ usw. als Kronzeugen gegen den internationalen Sozialismus zitiert werden, nicht zu befürchten. In ihrem blindwütigen Haß gegen die „Unabhängigen“ ist ihnen aber kein Fauchenkübel zu kredita, wenn sich eine Gelegenheit bietet, ehrlich kampfden Sozialisten eins auszuwichen.

Sonja Rabinowitj.

Ueber die Genossin Sonja Rabinowitj, die in ihrer Stadelheimer Gefängniszelle auf tragische Weise aus dem Leben schied, werden in der S. A. nachfolgende Mitteilungen gemacht:

Sonja Rabinowitj wurde im Jahre 1886 in Warschau geboren. Ihr Vater, ein hebräischer Schriftsteller, spielte längere Zeit in der jüdischen Bewegung eine große Rolle. Von ihm erbie sie sowohl das lebhafteste Temperament wie die starke Liebe zum Judentum, an dem sie innerlich wie äußerlich bis an ihr Ende festgehalten hat. Trotzdem konnte ihr der Zionismus, dem sie eine Zeitlang eine ebenso glühende wie eifrige Propagandistin war, auf die Dauer doch nicht den Weg zum Sozialismus versperrten. Sie besuchte in Warschau das Gymnasium und vertiefte es mit dem Berechtigungszugang für die Tätigkeit als Privatlehrerin. Die nächsten Jahre verbrachte sie in Wien und Zürich mit dem Studium an der Universität. Der Ausbruch der Revolution im Jahre 1905 führte sie nach Rußland zurück. Es begann ihre politische Tätigkeit. Sie betrieb in Odessa mit außerordentlichem Eifer die sozialistische Propaganda unter den Arbeitern, Soldaten und Matrosen, widmete sich ferner der Organisation der Selbstwehr (einer jüdischen bewaffneten Organisation zur Bekämpfung von Pogromen) während der Oktoberpogrome bis sie wegen der Propaganda verhaftet wurde. Es gelang ihr jedoch nach einigen Monaten dem Gefängnis und auch aus Rußland zu entfliehen und sich nach Deutschland zu wenden. Hier setzte sie ihr akademisches Studium fort, ohne jedoch ihre politische und sozialistische Propaganda aufzugeben. Manchem deutschen Arbeiter und mancher Arbeiterin hat sie die Lehren des Sozialismus näher gebracht. Auch ihre Dissertation, mit der sie im Jahre 1912 an der Universität Gießen den Doktorhut erwarb, war dem Gebiet der Arbeiterbewegung entnommen. Sie trägt den Titel „Zur Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung bis zum Ausbruch der Revolution 1905.“

Wald darauf ging sie mit dem Privatdozenten Lersch in München die Ehe ein. Sie erwarb hierdurch die deutsche Staatsbürgerschaft. Hatte sie sich vom Beginn ihrer Ehe bis zum Ausbruch des Krieges fast völlig der politischen Propaganda enthalten, so begann nun ihr Bedürfnis immer stärker hervorzutreten, wieder an ihr teilzunehmen und die nationalisistischen Tendenzen in der deutschen Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Die internationalen Bestrebungen in der deutschen Arbeiterchaft fanden ihre leidenschaftlichste Zustimmung. Besonders seit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei war sie unermüdet für die Ausbreitung dieser Ideen bemüht. Einmal sah sie in Deutschland das Land ihrer Hoffnungen, in dem sie für ihre Überzeugung wirken konnte. Der Krieg machte sie zum Zeugen des Zusammenbruchs aller Hoffnungen, die auf die deutsche Sozialdemokratie gesetzt worden waren, und begrub in dem Taumel nationalistischer Leidenschaften auch ihre Erwartungen. So reiste denn bei ihr der Entschluß, als der Ausbruch der russischen Revolution die Zustände besichtigte, die sie einstmalig aus ihrer Heimat vertrieben hatten, ihre Kräfte erneut der russischen Arbeiterbewegung zu widmen. Von ihr erwartete sie die Erneuerung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Herrschaft der Bolschewiki, deren Methoden zur Vermeidung des Krieges sie als schädlich betrachtete, ließ die Sehnsucht nach Mitarbeit in der russischen Arbeiterbewegung nur noch stärker aufflammen. Die Rückkehr nach Rußland war nun ihr Hauptziel; die Scheidung von ihrem Gatten mit der Wiedererwerbung der russischen Staatsangehörigkeit sollte es ihr ermöglichen, dieses Ziel zu erreichen.

Indessen aber vernachlässigte sie keineswegs ihre Propaganda unter der Arbeiterchaft Münchens. Gemeinsam mit Kurt Eisner sammelte sie die ersten Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, deren Zahl sich bald rasch vergrößerte. Es war für sie selbstverständlich, daß sie sich bei Ausbruch des Streiks Ende Januar mit an die Spitze der Bewegung stellte. Doch schon war sie der Polizei durch ihre Tätigkeit bekannt, und mit Eisner mußte sie am 30. Januar hinter Gefängnismauern Aufenthalt nehmen.

Schwer hat sie während ihrer Haft der Gedanke bedrückt, daß die von ihr und anderen gebrachten Opfer vergeblich seien. Sie war eine zu gerade und optimistisch gestimmte Natur, als daß sie mit unvermeidlichen Mißerfolgen oder Rückschlägen gerechnet hätte. Ihr Glaube an die Masse war unerschütterlich gewesen. Um so größer mußte die Enttäuschung für sie sein, als sie sah, daß die Masse der Arbeiter nicht in dem Maße, wie sie es erwartet hatte, ihrem Banner folgte.

Die Lust, sich selbst zu fesseln.

Die Begleiterscheinungen des politischen Massenstreiks von Ende Januar und Anfang Februar 1918 haben den geistigen und moralischen Tiefstand der sogenannten freien Gewerkschaften aufs neue gezeigt. In einigen Verufen haben die Unternehmer wegen jenes Streiks vor den Tarifämtern auf Tarifbruch geklagt und es haben sich freigewerkschaftliche Tarifamtbeisitzer gefunden, die in dem Streik einen Tarifbruch gefunden und die streikenden Arbeiter als Tarifbrecher verurteilt haben. Mit einem solchen Urteil sollte den Arbeitern wohl klar gemacht werden, welche abscheuliche Tat der politische Massenstreik ist. Vielleicht aber zeigt ein solches Urteil den Arbeitern, welche Fessel die wirtschaftlichen Tarifverträge sind, da sie ihnen die politische Betätigung unmöglich machen sollen. Ob in der künftigen Friedenszeit die Arbeiter schon um deswillen auf politische Massenstreiks verzichten werden, weil sie ihnen durch die Tarifamtbeisitzer verboten werden? Die Arbeiter mögen über politische Massenstreiks denken wie sie wollen — durch die Unternehmer und durch die unternehmertrauen Gewerkschaftsführer werden sie sich in dieser Beziehung keine Vorschriften machen lassen.

Wie ist die Rechtslage? Ist der politische Massenstreik ein Tarifbruch oder nicht? Das Obergericht in Hamburg hat bereits vor zehn Jahren in einer Streitsache der Holzarbeiter entschieden, die Maisfeier sei kein Tarifbruch, weil das Geleit am 1. Mai mit keiner Bestimmung des Tarifvertrags in Widerspruch stand. Ebenso urteilte das Reichsgericht in Leipzig.

Auch in der Literatur der bürgerlichen Juristen wird die Auffassung geltend gemacht, daß ein Tarifbruch nur dann vorliegt, wenn durch den Streik oder das sonstige Kampfmittel unmittelbar bezweckt wird, den Tarifvertrag gewaltsam abzuändern. So heißt es in „Körpe, der Arbeitstarifvertrag als Gesetzgebungsproblem. Jena 1918“ darüber u. a.: „Streiklich ist nicht jeder Ausstand, noch jede Aussperrung gegen den Tarifvertrag gerichtet, sondern nur diejenige Kampfbewegung, die auf Abänderung der tariflichen Arbeitsbedingungen oder Einrichtungen oder des sonstigen Inhalts des Tarifvertrags oder auf vorzeitige Aufhebung der Tarifgemeinschaft selbst gerichtet ist, oder die eine solche Abänderung oder Aufhebung notwendigerweise im Gefolge hat.“ Denselben Gedankengang findet man bei „von Broecker, Schadensersatzansprüche aus dem Lohnkampf, Hamburg 1916“. Gleichermassen äußerte sich „Schmalz, Maisfeier und Malausperrung, Hamburg 1911“ wie folgt: „Die Anwendung eines Kampfmittels innerhalb eines bestehenden Tarifvertrages kann nur dann als Bruch dieses Vertrages gelten, wenn damit unmittelbar gegen seine Bestimmungen verstoßen wird. Das trifft aber bei der Maisfeier nur dann zu, wenn im Tarifvertrag ausdrücklich ein Verbot der Teilnahme an der Maisfeier aufgestellt ist.“

Keines dieser bürgerlichen Gerichte und keiner dieser bürgerlichen Juristen würde den politischen Massenstreik von Anfang dieses Jahres — obwohl sie ihn mißbilligen werden — als Tarifbruch verurteilen. Das bringen neben den Unternehmern nur solche Leute aus den freien Gewerkschaften fertig, die ein patriotisches Wohlgefühl überkommt, wenn sie sich selbst entmannen, selbst entrecht.

Aus der Bewegung.

Zur Reichstagswahlwahl in Zwickau. Am 7. April hielt der Kreisverein für den 12. Wahlkreis im Gasthof Leubnitz-Werdau eine außerordentliche Generalversammlung ab, um den Kandidaten zu ernennen. Der Kreisvorsitzende, Genosse Schäfers aus Zwickau, teilte mit, daß die Vertrauensmänner sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl für den Genossen Hedert aus Chemnitz als Kandidaten erklärt hätten; die andern Vorschläge seien zurückgezogen worden, so daß Genosse Hedert der Versammlung als einziger Vorschlag unterbreitet werde. Ohne Aussprache wurde darauf Genosse Hedert von den Versammelten einstimmig zum Kandidaten ernannt. Vorher hielt Genosse Hedert einen Vortrag über „Die politische Lage“. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen und Genosse Hedert dann einstimmig zum Kandidaten ernannt. Die Regierungssozialisten haben den Bezirkssekretär Richard Mejer-Zwickau als Kandidaten aufgestellt.

Genosse Dittmann in der Festungshaft. Am Mittwoch der Woche vor Ostern hatte Genosse Dittmann die zwei Monate Gefängnis verbüßt zu denen er wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt worden war. Bis Mittwoch, den 3. April war er tagsüber in seiner Wohnung in Steglitz, um seine persönlichen, beruflichen und parlamentarischen Angelegenheiten zu ordnen. Die drei Feiertage mußte er in Moabit zubringen. Am Donnerstag wurde er durch zwei Kriminalbeamte nach der Festungsanstalt in Groß-Strehlitz in Oberschlesien gebracht, um dort seine Festungsstrafe zu verbüßen.

Eine Bankrotterklärung. Wenige Tage, nachdem die Danziger Regierungsozialisten in Obra mit Hilfe des Polizeiaufgebots und der Zentrumsarbeiter ihren „Sieg“ über die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokraten erfochten, luden sie unsere Danziger Parteifreunde zu einer Sitzung ein. Tagesordnung: Aussprache über die Stadiverordnetenwahlen 1918. Angehts des Schmähartheils der „Volkswacht“ und anderer Sünden jagten die Herren es vor, sich hinter das Gewerkschaftskartell zu verstecken und dieses als Arrangier der Besprechung anzugeben. Die Parteileitung der U. S. P. ersuchte darauf um nähere Angaben über die Teilnehmer der geplanten Sitzung und nun erklärte der Arbeitersekretär Jäger, das Gewerkschaftskartell habe beschlossen, bei den diesjährigen Stadiverordnetenwahlen unter Ausschluß der politischen Parteien selbständig vorzugehen.

Daß die Veranstaltung von Stadiverordnetenwahlen zu den Aufgaben eines Gewerkschaftskartells gehöre, hat den Keiz der Neuheit für sich. Bisher blieb diese Aufgabe den Parteinstanzen überlassen. Doch diese wissen in Danzig genau, wie sehr sie bei der Arbeiterchaft unentdeckt sind und waren dann gezwungen, ihren Bankrott anzumelden. Statt des Redaktors und des Parteisekretärs Gehl wird also bei den Stadiverordnetenwahlen der Maurer Gehl kandidieren. Aber so dünn sind die Danziger Arbeiter denn doch nicht, daß sie den Verrätern des Proletariats ihre Stimme geben, nur weil diese sich ein wenig das Gewerkschaftsmantelchen umhängen.

Eine Stimme aus der Masse für die Freiheit der Meinungsäußerung. Aus Baden wird uns geschrieben: In Mannheim hat die „Volkstimme“, die zu den eifrigsten Dammerrichtern gegen das Vordringen der oppositionellen Wahrheit gehört, eine Anwendung zur Besserung bekommen. Die Abkürzung des Redaktors Kampfmeyer in München durch die Hierarchie der „Münchener Post“-Redaktion hat bei seinen Freunden in Mannheim eine Saite der Entrüstung aufklingen lassen. Man verlangt so etwas wie Toleranz der gegenwärtigen Meinungen unter den Sozialdemokraten. Der Augenblick ist besonders gut gewählt, da uns unabhängigen Sozialdemokraten Mannheims die „Volkstimme“ mit der ganzen Raffinerie verwehrt, in ihren Spalten dem von ihr irreführenden Feiertage die Tatsache beizubringen, daß unsere Organisation weit über tausend Mitglieder zählt. Die Darstellungskunst des Sekretärs Strobel hat dargelegt, daß nur 78 aus der alten Organisation ihren Übertritt angezeigt, somit von einer namhaften Mitgliedschaft bei uns keine Rede sein könne. Die Forderung, eine zahlenmäßige Darstellung selbst gegen Bezahlung im Informativ aufzunehmen, wurde abgewiesen. Mit dem Verbot kann man die Aufnahme der Tatsachen, auf welche es bei der Beweisführung ankommt, nicht erlangen und an das Tageslicht bringen. So nahmen wir Anstoß zu einem Flugblatt, das aber nicht in alle Kreise dringt, die von der „Volkstimme“ geblendet werden. Diefelben Leute, die sich auf Verhören und Unterdrücken der Wahrheit verlegen, andere Leute Schwindler und Lügner nennen, spielen sich jetzt als Prediger gegen den Kampf der persönlichen Geschäftigkeit und als Freunde der Meinungsfreiheit — aber nur in München! — auf. Jetzt ist man aber in der Toleranz doch so weit gegangen, daß die Mannheimer Rathausfraktion sich im Bürgerausschuß den Luxus leisten durfte, in einer grundsätzlich beachtenswerten Frage sich in zwei Teile zu spalten, um gegeneinander zu kämpfen. Es handelt sich um die Errichtung einer hauptamtlichen Dozentur für Philosophie, Psychologie und Pädagogik in der Mannheimer Handelshochschule. Der größere Teil der Fraktion (Abb. So.) stimmte gegen die Vorlage, die dann mit den Stimmen der Dissidenten angenommen wurde. Vor noch nicht allzulanger Zeit wäre eine solche Spaltung und gegenseitige Bekämpfung von den Scharfrichtern der Mehrheit als ein Verbrechen gegen die heilige Disziplin mit dem Hinawurf der „Parteierkletter“ bestraft worden.

Aus den Organisationen.

Schöneberg. Donnerstag, den 18. April 1918 findet im „Schwarzen Adler“, Hauptstraße Nr. 144, abends 8 Uhr eine Mitgliederversammlung für die westlichen Vororte Bilmersdorf, Steglitz, Friedenau, Lichterfelde und Schöneberg statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritz Jubeil: „Das neue Deutschland“, 2. Geschäftliches, 3. Verschiedenes.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 14. April, vorm. 9 Uhr, Babel-Llee 15/17; Neudöln, Idealcasino, Reichelstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 49 bei O. Bamp; Freireligiöse Versammlung. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn Ernst Dümmig: „Wanderungen durch die Kirchengeschichte. XVII. Von der Inquisition zum Unfehlbarkeitsdogma.“ — Gäste willkommen.

Das Verlangen nach guten Büchern

Ist außerordentlich stark. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß im Verbandsbureau, Schilderstraße 5, Hof, 2 Treppen, noch ein Posten des Buches Rantsky: „Massenstreik“ zum Preise von 2 Mk., und eine Gedichtsammlung von Ludwig Kessen: „Fackeln der Zeit“, zum Preise von 50 Pf., abgegeben wird, auch im einzelnen. Wer Bedarf hat, wolle sich an unser Bureau wenden.

Arbeiter-Bildungsschule.

Berichtete Umstände lassen es nicht zu, daß in diesem Vierteljahre der Kursus des Genossen Däumig über Russland fortgesetzt werden kann. Es werden, wie in den letzten Jahren, im Laufe der Sommermonate keine Kurse abgehalten werden. Die Lehrtätigkeit der Schule beginnt wieder im Monat Oktober.

Die Bibliothek der Schule ist während des Sommers an jedem Donnerstag Abend von 7½ bis 9 Uhr geöffnet und steht den Hörern der Kurse, den Mitgliedern der Wahlvereine Groß-Berlins, der Jugendorganisation usw. unentgeltlich zur Verfügung. Als Legitimation ist Hörerkarte oder Mitgliedsbuch vorzuzeigen.

Im Laufe des Winterhalbjahres wurden 1494 Bücher ausgeliehen. Davon entfielen 350 auf Geschichte, Sozialismus, Volkswirtschaft u. dergl., 750 auf schöne Literatur, der Rest auf andere Wissensgebiete.

Quittung.

Au freiwilligen Beiträgen für Unterstützungszwecke gingen bei der Unterzeichneten ein: Von Mannheim 565,90 Mk. Durch R. R. Rothheim 5 Mk. Kl. Otto-Rathenow 3 Mk. Nordhausen 1. Rate 300 Mk. A. Hannover 107,80 Mk., Düsseldorf 1800 Mk., Württemberg 140 Mk. L. C. 31 20 Mk. Hammer b. Jahnitz 20,50 Mk. Rostock 176,40 Mk. B.-Gera 300 Mk. Sch.-Brandenburg 221,50 Mk. Koll.-Breslau 19,40, 6,85, 11.— Mk. Pietris-Breslau 25,50, 21,50 Mk. Haase-Rathenow 28 Mk. Horning 54 Mk. Spartakus-Gotha 150,30, 42,50, 39,30, 21,90 Mk. Sch.-Ghana 90,10, 12.—, 30,10, 3,50, 15,30, 20.—, 21,30, 10,30, 32,50, 16.— Mk. Wadenbüchen 28,60 Mk. Radow-Greifenhagen 415,76 Mk. Eine gewonnene Wette durch S. R. Sanatorium W. R. 10 Mk. Aus Frankfurt a. Konto 2000 Mk. J. B. in R. R. 10 Mk. A. L. in R. R. 10 Mk. Postillon Lehmann 7,50 Mk.

Luise Zieg,

Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof 3 Tr.
(Postfachkonto Nr. 32287.)

Vom 1. März bis zum 1. April 1916 gingen folgende Beiträge für die Unabhängige sozialdemokratische Partei bei der Unterzeichneten ein:

„Kantion für den Frieden“, Erfurter Sammlung 3. Rate durch Behold 1000 Mk. Grabow-Gotha 50 Mk. W. Schulze-Brandenburg 6 Mk. Von 3 Bezirkskollegen aus Suhl 10 Mk. Freund von Tirpitz 5 Mk. 4. Rate Erfurter Sammlung durch Behold 600 Mk. K.-Celle 10 Mk. 3. Rate Sammlung Thüringen durch Bod 400 Mk. Eisenach 2. und 3. Quartal 109,38 Mk. L.-Magdeburg gesammelt 145,30 Mk. Für Wahlbeihilfe in R.-B. von P. B. Lunzenau 10 Mk. Schaper-Tettau 33,95 Mk. Mannheim gesammelt 75,65 Mk. Jena Sammlung 1. Rate 100 Mk. Kahl's gef. 15 Mk. Walsdorf 13,45 Mk. N.-Solingen Sammlung 800 Mk. G. Wegel-Remscheid a. Konto 150 Mk. 28 Kameraden der P. B. R. durch L. R. 18,50 Mk. a. Konto Sammlung Niederrhein durch Ne. 500 Mk. Von fünf Genossen für Januar, Februar und März 1050 Mk. Aus Halberstadt von E. M. 42,40 Mk. Osterwald 10 Mk. Von Bernstein für Wahl R.-B. 10 Mk. Mannheim 214,84 Mk. H.-Queßlinburg 6 Mk. Kleiner Otto-Rathenow 3 Mk. Wünsche-Düsseldorf 10 Mk. 2. Rate Sammlung Niederrhein durch Ne. 400 Mk. Wittenerge und Westprignitz 14,18 Mk. Peter R. A. A. B. 7 Mk. Stettin 3. Quartal 57,37 Mk. Köslin 4. Quartal 21,60 Mk. Straßund 8,95 Mk. Beiträge R. M. 2,60 Mk. G. W.-Remscheid 240 Mk. Friedriehsort 622,20 Mk. Osterwald 16,24 Mk. Für Stadthagens Erbe 10 Mk. Halle 3 Mk. Braunschweig a. Konto 500 Mk. Langenhain 7,20 Mk. Groß-Berlin 4. Quartal a. Konto 21,63 Mk. D.-Friedrichshagen 5 Mk. H.-Küstringen 7 Mk. C. Weidener-Grossen 15 Mk. 3. Rate Niederrhein 400 Mk. Bezirk Südwestdeutschland Beiträge für 3. und 4. Quartal 1917 a. Konto 1000 Mk. H. in Speyer 7,80 Mk.

Luise Zieg,

Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof 3 Tr.
(Postfachkonto Nr. 32287.)

Freiwillige Beiträge für Unterstützungszwecke gesammelt: D. W. u. M.-F. Martindensfelde auf Liste Nr. 2541 54,—, 2546 36,—, 13558 59,—, 13557 33,50, 13558 30,—, 13559 30,—, 13565 154,—, 13588 82,75, 13589 132,—, 13595 200,—, 13598 58,—, zusammen 859,25 Mk. Trotz alledem von S. 40 Mk. Liste 1153 40,50 Mk. Firma Rabier durch Lupus Liste 4593 38,50 Mk. Firma Goertz, Tempelhof, durch Buch Liste 4541 23,50, 4542 26,— Mk. Firma Berliner Privat-Telephon durch Greil Liste 4481 37 Mk. Firma Elges durch Greil Liste 4439 8 Mk. Firma Wolfenstein durch Greil Liste 4438 28,—, 4437 26,—, Liste 4436 32,—, 4435 34,— Mk. Firma Werner durch Krüger Liste 4242 30,—, 4243 26,50, 4246 25,—, 4247 33,50, 4248 43,50, 4249 21,—, 4250 19,—, 4251 20,50, 4252 56,50, 4253 28,—, 4254 78,50, 4255 37,—, 4256 89,—, 4257 39,—, 4258 25,—, 4259 67,— Mk. Von den Kollegen der Firma Goertz, Friedenau, Liste 4613 23,50, 4614 15,50, 4581 22,50, 4582 12,50, 3680 29,50 Mk. Chamen Listen 13901 39,50, 13902 19,50, 13905 12,50 Mk. Kollegen und Kolleginnen der Firma Flugzeugteilköper, Baumhulenweg, Liste 2833 29,15, 2832 42,50 Mk. Karlshorst Liste 2838 9,—, 2841 10,05 Mk. Wahlhilfe in Karlshorst 18 Mk. Von den Kollegen der Firma Gustav Hübner, 2. Rate durch Brieger Liste 2733 38 Mk. Hofenrichshausen Liste 2737 28,—, 2738 18,50 Mk. Weihensee Liste 3066 30,50, 3067 45,60, 3068 24,25, 3069

28,—, 3050 40,50, 3070 72,45 Mk. Bankow Liste 2815 25,—, 2618 21,30 Mk. Schöneiche Liste 2824 5,50, 2830 18,50 Mk. von den Kollegen der Firma „Panzler“, 2831 35,50 Mk. von den Kollegen der Firma „Panzler“, Heimlich A. I. I. I. durch Lehmann 2 Mk., T. W. 10 Mk.

Von den Kollegen der D. W. F., Wittenau, Gewehrbau, Listen: 2756 62,50, 2779 17,05, 2780 14,—, 2781 44,—, 2782 34,50, 2783 21,50, 2784 94,50, 2785 46,—, 2786 42,—, 2787 57,—, 2788 47,50, 2789 42,—, 2790 34,—, 2791 155,—, 2792 43,—, 2793 106,75, 2794 62,—, 2795 23,50, 2796 30,—, 2797 101,—, 2799 34,—, 2800 19,—, 2801 5,— Mk. Von den Kollegen der D. W. F., Wittenau, Kugelfabrik, Liste: 3711 9,80, 3712 13,50, 3716 10,50, 3717 12,50, 3718 17,— Mk. Listen 2772 7,—, 2775 9,— Mk. Liste 1255 1. Rate von den Kollegen der Firma Loeß Werke, Maschinenaal, Charlottenburg 150 Mk. Liste 1391 Funktionäre der Firma Richard Weber u. Co. 26,50 Mk. Liste 1419 3. Rate C. P. Goertz, Tempelhof, Abt. Peristop-Bau, 158 Mk., Liste 424 13,—, 427 5,—, 430 33,—, 434 6,50, 543 30,— Deube-Werke, 621 16,25 Auer Abt. Rohrleger-Werkstatt, 794 39,— Närtliche Flugzeugwerkt Gölm, 795 37,—, 813 16,65 Arbeiter der Närtlichen Flugzeugwerkt Gölm, 832 12,—, 873 26,50 Arbeiter vom Samson-Werk, 874 40,— Arbeiter vom Samson-Werk, 875 18,— Arbeiter vom Samson-Werk, 971 99,— Kollegen C. P. Goertz, Tempelhof, Peristop-Bau, 986 29,25, 1015 25,— Kollegen der Firma Max Bernhardt u. Co., 445 18,50 Kollegen der Firma Belling u. Lübbe, Admiralstr. 16, 446 32,50 Koll. der Firma Belling u. Lübbe, Admiralstr. 16, 532 24,50 Kollegen der Firma Goertz, Tempelhof, 618 26,35 von den Kolleginnen der Firma Auer, Abt. Gipserei, 617 64,70 von den Kolleginnen der Firma Auer, Abt. Gipserei, 620 13,55 Auer, Lampenlager Altbau, 770 39,— Sch. u. D., Baumhulenweg, 1355 16,50 durch E., 1373 97,— Kollegen Goertz, Tempelhof, 1116 13,50 Koll. Frißter, Oberschöneheid, Abt. Optik, 1117 44,— Kollegen Frißter, Oberschöneheid, Abt. Dreherei III, Kollegen Goertz, Tempelhof: Liste 13802 90,—, 13805 58,—, 13806 73,50, 13807 14,50, 13809 42,—, 13810 37,—, Liste 2501 66,30, 13566 77,50, 13567 53,—, 13591 80,25, 13592 48,25, 13593 29,50, 13599 149,—, 13601 93,50, 13602 61,—, 13606 54,—, 13608 12,—, 4468 216,50 Mk.

Von den Kollegen der Firma „Knorrbräse“ Listen: 2935 14,30, 2959 30,75, 2961 41,40, 2967 29,—, 2968 58,50, 2965 52,50, 2964 23,70, 2963 119,—, 2962 26,25 Mk. 15 Mann durch R. M. 21 Mk. Sparverein Eintracht 10 Mk. Gesamtpersonal Druckerei R. W. 50 Mk. Wolf, Nördersleben, 340 Mk. M. Schulz, Britz, 10 Mk. 3 Lagerhalter, Noabit, 675 Mk. W. St. 3 Mk. Uebereschuß einer Kranzspende durch J. 28,55 Mk. R. Simon 5,05 Mk. Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Fischer, Könnigstr., 8. Rate 37 Mk. Von den Arbeitern der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung auf Rate 7 193,70, auf Rate 8 234,40, Summa 428,10 Mk. Arbeiter und Arbeiterinnen der Schneiderei Genossenschaft Hoffnung, Brunnenstraße, 6. Rate 42,50 Mk. Liste 3682 durch A. Hoffmann 200 Mk. Für Parteizwecke: Zum Frieden und Freiheit von der Dünafont 50 Mk., 2. Rate für Frieden und Freiheit von der Dünafont 50 Mk. I. P. 10 Mk.

Wahl Niederbarnim Liste 213 5,50, 219 18,50 Mk.

5. Kreis: Liste 1459 41,—, 1456 2,—, 1464 21,—, 1490 59,— Mk. Firma Werner durch Krüger: Liste 4183 28,—, 4184 45,—, 4185 15,—, 4186 20,—, 4187 70,50, 4188 35,—, 4189 36,50, 4190 37,—, 4191 25,—, 4192 51,50, 4173 28,—, 4175 16,—, 4176 29,—, 4177 41,—, 4178 11,— Mk. Gießerei Hartmann durch Krüger, Liste 4241 14,25 Mk. Durch Schiller, Firma Goertz, Pappel-Allee, Liste 4591 31 Mk., durch Lupus Liste 4588 37,20 Mk.

Richard Herbst, Schilderstr. 5.

6. Wahlkreis. Auf Listen 4213,— Mk. Darunter von mehreren Genossen aus dem Osten 35 Mk. 7 Listen von den Arbeitern bei Schütte u. Lanz 192,30 Mk. Drei Männer aus dem Lande 7 Mk. Von Gen. Lientz 2 Mk. Auf Liste 2014 gezeichnet Louis Meyer 10 Mk. Uebereschuß des Mitteilungsblattes der 19. Abt. 50 Mk. Auf Listen Nr. 2315 40,—, 2329 21,50, 2331 27,—, 2332 12,50, 2333 5,75, 2334 32,50, 2317 23,—, 2327 12,— Mk. Von den Arbeitern der Firma Bergmann, Seestraße, Abt. Richter, Schnittbau, auf Liste 2339 41 Mk.

Für das Jugendheim: Vom Uebereschuß des Mitteilungsblattes der 19. Abt. durch Ziegler 100 Mk. Von den Arbeitern der Firma Schwarzkopf für Januar und Februar 77,50 Mk.

Für die U. S. P. D.: Von den Arbeitern der Firma Schwarzkopf, Torpedomontage, vom Uebereschuß der Kranzspende für Gen. Stadthagen 71,35 Mk. Für den Pressefonds U. durch Rehmisch 5 Mk., Summa 76,35 Mk.

Berichtigung: In Nr. 53 des Mitteilungsblattes heißt es: Von der Gruppe der Zigarettenmaschinenführer 500 Mk. für Parteizwecke, es soll aber „500 Mk. für Unterstützungszwecke“ heißen.

Unsere lieben Genossen
Carl Grail und Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.
Die 5. Abteilung des 5. Kreises.

Unsere lieben Genossen
August Hildebrandt und Gattin
die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit
am 15. April.
Die 7. Abteilung des 6. Wahlkreises.

Unsere Mitgliede der Ortsverwaltung

August Hildebrandt und Frau

die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit am 15. April 1918.

Die Mitglieder des Bez. 11 der Zentral-Krankens- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Unsere lieben Genossen
Mar Simon und Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Funktionäre der 22. Abteilung des 6. Kreises.

Stumm schläft der Sängert!
Nachruf!
Und wieder hat der Weltbrand ein Opfer von uns gefordert. Kurz vor Ostern fiel im Felde unser lieber, treuer Sangesbruder, Bizefeldweibel in einer San.-Kolonie,
Ernst Schindler
im blühenden Alter von 30 Jahren. Das Andenken an diesen aufrechten, ganzen Mann wird immer in uns fortleben.
Wo jeder ist, wie er sich zeigt,
Da lernt man sich bald recht versteh'n,
Da wird das Finden lieb und leicht,
Doch schwer das Auseinandergeh'n.
Gesangsverein „Vorwärts“,
Friedrichsfelde-Karlshorst.
(Mitglied des D. A. S. B.)

In den schweren Kämpfen im Westen fiel am 25. März 1918 als Opfer des Weltkrieges unser lieber, ältester Sohn und Bruder
Hermann.
Dies zeigen im tiefsten Schmerz an
Gustav Lachmann und Frau.
Georg Lachmann, als Bruder.
W. 67, Baugener Straße 9.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!
6. Wahlkreis.
An den Folgen seiner im Felde erhaltenen Verwundung verstarb im Lazarett der 45 Jahre alte Dreher
Carl Bube
Wiesenstr. 29, 20. Abt., Bez. 791.
Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.
Bezirk Pankow.
Bei den Kämpfen im Westen fiel unser früherer Abteilungsführer
Hans Kretschmar
Berlin-Pankow, Gaillardstr. 17.
Bezirk Rosenthal.
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 21. März der Schlosser
Gustav Hollmach
Rosenthal, Linden-Allee 4.
Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.
2. Wahlkreis.
Am 5. April starb im Alter von 26 Jahren an der Proletariaterkrankheit, der Bezirksführer
Fritz Reichert
Dieffenbachstr. 31, 8. Abt., Bez. 128.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
4. Wahlkreis.
Am 6. April 1918 verstarb unser Genosse
Paul Bauchwitz
Langestr. 51, Bezirk 308.
Am 24. März verstarb unser Mitglied, der Genosse
Fritz Glasing.
6. Wahlkreis.
Am 6. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der Maurer
Carl Pagel
Stephanstr. 28, 15. Abt., Bez. 728.
Ehre ihrem Andenken!

Berliner Stadtverordneten-Wahlen.

Der Krieg hat verhindert, daß die Berliner Bürgerschaft ihr Wahlrecht zur Stadtverordneten-Versammlung regelrecht ausüben kann. Obwohl die Stadtverordnetenwahl ohnehin auf die lange Dauer von 6 Jahren erfolgt, sind die im November 1917 fälligen Stadtverordnetenwahlen auf ein weiteres Jahr verschoben worden, genau so, wie die Mandatsdauer der Reichstags- und Landtagsabgeordneten verlängert worden ist. Die fünfjährige Legislaturperiode der Reichstagsabgeordneten wird zur sieben- und achtjährigen werden, je nachdem der Krieg währt. Nur Nachwahlen werden für Verstorbene oder aus anderen Gründen aus dem Parlament Ausscheidende vorgenommen. Es ist richtig, das diese Nachwahlen kein getreues Spiegelbild von der Meinung des Volkes geben können, wenn man bedenkt, daß die Blüte der Völker im grauen Rock schwere Arbeit tut. Millionen wehrfähiger Männer stehen im Felde und können von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen. Und da die Arbeiterschaft numerisch die größte Zahl der Wähler stellt, so leidet diese am meisten unter diesem Zustande. Gerade die Arbeiterschaft hat aber das größte Interesse daran, auch auf politischem Gebiete sich zu betätigen und ihren Einfluß geltend zu machen. Dieser Einfluß ist kein unbedingter. Besonders eingeengt ist er im Staats- und Gemeindeleben. Zu den Wahlen zum preussischen Landtage besteht zur Stunde noch immer das Dreiklassenwahlrecht. Wohl heißt es, es soll in heutiger Zeit für ein Klassenwahlrecht kein Raum mehr sein, aber ein gerechtes Wahlrecht für Preußen läßt sich noch sehr auf sich warten. Die bisherigen Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus haben uns den Beweis erbracht, daß die herrschende Klasse ihre Vorrechte so leicht nicht aufgeben wird. Wie für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, so gilt auch noch für die Gemeinden das Dreiklassenwahlrecht. Nur mit dem Unterschied, daß das Gemeindevahlrecht noch besonders verhässert ist durch das Hausbesitzerprivileg. Dieses Vorrecht bestimmt, daß die Hälfte der Stadtvertreter Hausbesitzer sein müssen. Der Haus- und Grundbesitz hat also in der Gemeinde noch besonderen Einfluß. Irgend eine Begründung dieser vor mehr als 100

Jahren festgesetzten Bevorzugung der Grund- und Hausbesitzer ist heute nicht ersichtlich. Eine wirkliche Wahlreform in Preußen kann deshalb nicht bei einer Aenderung des Wahlgesetzes zum Landtag haltmachen, sondern sie muß auch für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen die Einführung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts bringen. Noch heute muß der Wähler bei einer Stadtverordnetenwahl seine Stimme öffentlich abgeben. Unverfälscht kann der Wille des Volkes nur dann zum Ausdruck kommen, wenn die Wahl geheim ist.

Die Arbeiterklasse muß jede sich anbietende Gelegenheit wahrnehmen, sich politisch zu betätigen. Die Wahlen sind ein Mittel hierzu. Wohl wird in den Parlamenten nicht die soziale Frage in letzter Linie entschieden, aber auch in Herrschaftsinstrumenten, als welche sich die Parlamente darstellen, muß die Arbeiterklasse sich eine Vertretung erkämpfen, um politisch für ihre Sache wirken zu können. Nur dadurch kann der Widerspruch gegen das freiheitsfeindliche staatliche Herrschaftssystem zum Ausdruck kommen.

Und gerade in den Gemeinden und Kreisen ist es notwendig, auf eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung hinzuwirken und an Stelle autoritärer Beamtenkörperschaften freie Selbstverwaltungsorganisationen treten zu lassen. In unserer Klassengesellschaft treten die Klasseninteressen nicht nur im Reich und im Staat in die Erscheinung, auch in der Gemeinde kommen diese Interessen zum Ausdruck. Wohl sind die Gemeinden durch eine rückständige staatliche Gesetzgebung in ihrer Betätigung sehr eingeengt, aber dagegen Front zu machen, ist auch in der Gemeinde notwendig.

Immerhin sind die gemeindlichen Betätigungsbereiche sehr mannigfaltig, und es ist keineswegs gleichgültig, ob die Arbeiterschaft mit lebhaftem Interesse das Gemeindeleben verfolgt oder ihm interesselos gegenübersteht. Von dem Maße ihrer Einflugsnahme ist sehr viel abhängig und nicht zuletzt von der Art, wie ihre Interessen in den Rathäusern zur Geltung gebracht werden.

Und wenn auch ein elendes Dreiklassenwahlrecht in Verbindung mit dem Hausbesitzervorrecht die Arbeiterklasse vornehmlich in die dritte Wäh-

lerklasse verweist, so kann der ihr eingeräumte Einfluß auf das Gemeindeleben durch eine in sozialer Hinsicht frisch-fröhlich vorwärtsdrängende Vertreterzahl sehr erheblich gesteigert werden. Hier gilt es mit Zähigkeit und Ausdauer ohne jede Rücksicht darauf, ob es da oder dort gern gesehen wird oder ob man da oder dort aneckt, die Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung zu vertreten. Faule Kompromisse sind da vom Uebel, schaden nur der eigenen Sache und verhindern wirkliche Fortschritte. Eine solche von allen Rücksichten freie Politik wird im Rathause nur von der Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei betrieben. Ihr Leitstern ist einzig und allein das Interesse der erwerbstätigen Bevölkerung. Ob die bürgerlichen Vertreter murren ob unserer Politik, ob sie höhnen, ob sie mit aller Empörung gegen uns zu Felde ziehen, wenn unsere Vertreter ihre Klassenpolitik festnageln, kann uns nicht irre machen. Das Klasseninteresse der bürgerlichen Vertretung wird natürlich verletzt, wenn ihm das Klasseninteresse des Proletariats entgegengesetzt wird. Je klarer, je offener das geschieht, desto wirksamer wird die erwerbstätige Bevölkerung vertreten. Und diese Vertretung ruht in den Händen der Unabhängigen sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Es ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, dafür zu sorgen, daß bei Wahlen nur solche Kandidaten gewählt werden, die auf dem Boden dieser Partei stehen und sich dieser Fraktion als Mitglieder anschließen.

Im 16. Kommunalwahlbezirk macht sich durch den Tod des Stadtverordneten Basner eine Ersatzwahl erforderlich. Diese Ersatzwahl ist zu Sonntag, den 28. April angelegt. Hier gilt schon jetzt dafür zu wirken, daß am 28. April nur ein Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei ins Rathaus gewählt wird.

Vom Dreiklassenwahlrecht.

Bei der Wahl für die Agnetendorfer Gemeindevertretung kam in der ersten Wahlklasse eine Wahl nicht zustande, und daran ist Gerhart Hauptmann schuld. Der Dichter, der in Agnetendorf eine Villa

Von den Folgen des 30-jährigen Krieges.

In der „Wiener Arbeiterzeitung“ finden wir den folgenden interessanten Artikel:

Lange Kriege richteten alles zugrunde, was die Menschen mühsam aufgebaut und als Kulturerfolg geschätzt haben. Das sehen wir auch in unseren Tagen. Wir fahren in finsternen Eisenbahnzügen, gehen durch mangelhaft beleuchtete Straßen, wie sie früher nur in Dörfern zu sehen waren. Die Reinigungsmöglichkeit wird für viele immer geringer, weil die Seife knapp ist, viele Leute müssen nun in zerrissenen ungeflügelten Kleidern gehen, weil sie neue nicht mehr kaufen und Zwirn nicht aufkreiben können. Die Felder verwildern, die Erträge sinken. Leute, die durch Handhabung der Waffen nun die Meinung haben, auch im Hinterland Krieg führen zu können, bedrohen die allgemeine Sicherheit, die Schuljugend verwildert unter dem schlechten Beispiel, Elend und Hunger nehmen zu, das Geld wird entwertet. Auf der anderen Seite wachsen Reichthümer in Monaten ins Fabelhafte, der Luxus in Kleidern, Schuhen und Wohnungen wirkt aufreizend.

Je länger der Krieg dauert, um so schlimmer wird dies alles. Solche Vorbilder bietet die Geschichte des Dreißigjährigen Krieges, der von 1618 bis 1648 geführt wurde als ein Kulturkampf um die Vorherrschaft des Katholizismus gegenüber dem vordringenden Protestantismus. Es war der Kampf des Hauses Oesterreich um seine Herrschaft als Stütze des Katholizismus gegen eine Welt, die neue Wege gehen wollte. Lange schwankte der Sieg, und als keiner mehr weiter konnte, mußte man sich entschließen, Frieden zu machen. Einen Frieden, der nie kommen wollte. Durch Jahre wurde er hinausgezogen, endlose Verhandlungen schleppten sich hin, die Kämpfe dauerten fort, das Elend nahm zu. Immer mehr Gruppen fielen vom Kampfe ab. Als keine der Parteien mehr imstande war, durch ihre Kräfte den Sieg herbeizuführen, mußten sie sich zu Kompromissen entschließen. Ein furchtbarer Zerstörungsprozeß hatte das alte Deutsche Reich verwüstet. Die Volkstraft war zerstört, die Zusammenhänge verlorengegangen. Jeder lebte in einer freudlosen Zeit. Wenn auch damals die Heere mit 40 000 Mann schon etwas schwer auf Stadt und Land. Ihre Zuchtlosigkeit verbreitete Schrecken, die Wohlhabenden flüchteten in die Städte, die Dörfer verarmten oder wurden verlassen, das Land wenig bebaut, die Ernte fiel schlecht aus. Eine unerhörte Leuerung entstand und Hungersnot und Seuchen verheerten, was die Heere übrig gelassen hatten. Hoffnungslos dahinbrütend lebten die Armen. Man hatte in den Dörfern das Klagen gelernt, so erzählt uns Gustav Freytag in seiner Geschichte des Dreißigjährigen Krieges, die er unter dem

Titel: Aus dem Jahrhundert des großen Krieges, schrieb. Sie bietet ein reiches kulturgeschichtliches Material, aus dem wir nur wenig wiedergeben können.

Schon die Entwertung des Geldes, die Zeit der Ripper und Wipper, wie die Münzverfälscher genannt wurden, die vor dem Dreißigjährigen Kriege begann und in ihm zur vollen Blüte kam, hatte viel zur Verteuerung der Lebenshaltung beigetragen. Landesherren aller Art, die Heere erhalten mußten, ließen Geld in Menge schlagen. Sie nahmen statt reines Silber solches mit Kupfer vermengt, machten es leichter und warfen es in Massen ins Land. Geld ohne Kosten zu machen, war das neue Heil, an dem alle teilhaben wollten. Die zahllosen Münzprägestellen wirkten dabei eifrig mit. Wer ein Kupfergefäß hatte, ließ daraus Geld machen, wer gutes Silber besaß, ließ es durch Verfälschung in schlechte Münze verwandeln. Reines Silber und altes Silbergeld wurden im Handel immer teurer, so daß man für einen alten Silbergulden das Vier- bis Fünffache zahlen mußte. Der Ueberfluß an Geld bewirkte, daß alle Lebensmittel und alle Waren rasch im Preise stiegen, weil nicht so viel da war als Geld, um sie zu erwerben. Die Geld hatten, lungerten herum und verlegten sich auf den Schacher und das Uebervorteilen, in den Städten waren weniger Arbeiter und die Löhne stiegen. Alle, die vom festen Gehalt leben mußten, klagten, daß sie nicht mehr auszukommen vermochten. Die Lehrer in den Dörfern hungerten und ließen schließlich davon, damit verlor sich auch die Jugend von den Lehrstätten. Als man mit schlechtem Gelde bezahlte, das im Wert stetig sank, verbot manche Regierung ihr eigenes Geld für die Bezahlung von Steuern und Abgaben. Ein Sturm ging gegen das schlechte Geld los, der sich gegen die Ripper und Wipper wendete, die man noch Jahre nach dem Kriege verachtete und verhöhnte.

Solcher Reichtum, erzählt Freytag, der schnell und gegen das Gesetz erworben war, dauerte selten bis in die dritte Generation. Die leicht Reichgewordenen wurden verschwenderisch und genussüchtig, ihr Hochmut, ihr Mangel an Bildung und ihre Brunnflucht wurden auffällig. Sie kauften sich Adelsbriefe und ließen ihre Wappen in Stein an der Außenmauer des Hauses anbringen. Im Innern des Hauses war der Luxus fabelhaft für die damalige Zeit. Die Frauen hängten diamantene Schlüssel an die Schuhe, sie wollten keine Spitzen tragen, die nicht in Venedig oder Paris entstanden waren. Mit den unreifen Söhnen solcher Familien wurden häufig die militärischen Würden besetzt. Diese Leute wußten nichts Eiligeres, als sich in Uniform zu zeigen, um sich grüßen zu lassen.

Auf der anderen Seite verkamen die Armen im Elend, auf den Feldern wuchsen Bilsche. „Diejenigen Leute,“ sagte eine Chronik, „die sich doch das Leben gefristet, haben sich wegen Hunger und teurer

Zeit aus Mangel des lieben Brotes Kleien, Delsuchen und Leintnoten gemahlen und gegessen. Viele sind daran geendet.“ Die Steuern stiegen so hoch, daß mancher Bauer sein Dach abdeckte und das Haus verfallen ließ. Heute ist zwar gerade dies nicht zu befürchten, denn man weiß, daß gerade die Landleute jetzt besser leben und besser daran sind als je. Allerdings gab es auch damals viele wohlhabende Bürger und Bauern, die in ihren festgebauten Häusern Schätze und Vorräte aufgehäuft hatten. In Thüringen und Franken war die Zahl der Wohnungen nach dem Dreißigjährigen Kriege um 63 Prozent, die der Familien um 70 Prozent zurückgegangen. In ganz Deutschland hatte die Bevölkerung sehr abgenommen. Manche Familie starb aus. Ein Teil der Wohnungen waren aus Trümmern zusammengesetzte Kothütten, die Häuser verfielen, in 19 Dörfern der Herrschaft Henneberg, von der Vergleichszahlen vorhanden sind, sank die Zahl der Rinder von 1400 auf 240, die der Pferde von 500 auf 70, die Schafe wurden fast ganz ausgerottet, die Ziegen von 100 auf 26 vermindert. Für viele Orte wurde angegeben, daß von den Pferden 85, von den Ziegen mehr als 83, von den Kühen mehr als 82 Prozent während des Krieges eingingen oder ausgezehrt wurden. Endlich war 1648 der Friede unterzeichnet worden, der erst zwei Jahre später wirklich in Geltung trat. In Nürnberg gab es wie an vielen anderen Orten große Feiern; die anwesenden Kriegsherrn hatten dort nicht genug Soldaten gespielt, sie mußten dies noch einmal im Scherz tun. In jedem Dorfe wurde die Freudenbotschaft gefeiert mit dem Firtelanz und Komödien aller Art.

Die Erschöpfung des Volkes war jämmerlich. Noch viele Jahre nach dem Kriege war das Aussehen der Dörfer trübselig. Eine ganze Generation war innerhalb der Zeit der Zerstörung herangewachsen, in den Städten gab es wüste Plätze, auf denen früher einmal Häuser gestanden waren, in mancher Landschaft mußte ein Reiter viele Stunden traben, ehe er eine bewohnte Stätte fand; ein Bote, der von Kursachsen nach Berlin eilte, sagt Freytag, ging vom Morgen bis zum Abend über unbebautes Land durch aufsteigendes Nadelholz. Und doch war das Ende des Krieges noch nicht die Zeit des niedrigsten Standes der Bevölkerung und der Produktion. Durch diesen Krieg wurde Deutschland gegenüber den glücklicheren Nachbarn in den Niederlanden und England um zwei Jahrhunderte zurückgeworfen. Viele alte Bräuche gingen zugrunde, das Leben wurde leerer, leidvoller, die Kunst des Hausrates wich rohen Formen. Viele Landschaften haben erst zweihundert Jahre nach dem Kriegsende ihren Viehstand erlangt, den sie vor dem Kriege hatten. Mangel an Gemein Sinn, Herzlosigkeit gegen Niedere, Luxus und Genussucht nahmen zu. Der Druck der Steuern und der Hörigkeit lastete auf allen. So finster, arm und freudlos war das Dasein, daß die Selbstmorde häufig wurden. Deutschland lag darnieder.

besteht, ist bei der Einteilung nach dem bestehenden Gemeindegewahlrecht der einzige Wähler in der ersten Abteilung. Einen sehr großen Teil des Jahres weilt er nicht in Agnetendorf, und so auch nicht am Tage der Wahl. Damit fiel die ganze erste Abteilung bei dem Wahlaussatz aus.

Das Dreiklassenwahlrecht in Berlin

hat noch eine besondere Note. Die Stadtverordnetenversammlung besteht aus 144 Stadtverordneten. Jede Abteilung wählt 48 Vertreter. Die dritte Abteilung ist zu diesem Zwecke in 48 Bezirke eingeteilt. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus. Es kommt es, daß die einzelnen Bezirke nur alle 6 Jahre zur Stadtverordnetenwahl wählen können. Dagegen hat die erste und zweite Abteilung nur 16 Bezirke. Jeder dieser Bezirke wählt drei Stadtverordnete, also alle zwei Jahre einen. So kommt es, daß die Wähler der ersten und zweiten Klasse alle zwei Jahre ihr Wahlrecht ausüben können, während die Wähler der dritten Abteilung nur alle 6 Jahre von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können, wenn sie im Gemeindebezirk Berlin wohnen bleiben. Dieses Berliner Wahlrecht enthält also zungunsten der breiten Masse der Bevölkerung besondere Verschlechterungen.

Nur mit Beseitigung der elenden Dreiklassenwahl werden auch diese besonderen Verschlechterungen verschwinden. Das wird um so eher gelingen, wenn die Arbeiterklasse auch der Gemeindepolitik die Aufmerksamkeit zuwendet, die ihr gebührt.

Imperialismus und Gewerkschaften.

Von Max Adler.

Läuft die Verselbständigung der politischen Bewegung Gefahr, aus dem Sozialismus eine bloße Partei für demokratische Staatsinteressen zu machen, so bedeutet die Verselbständigung der gewerkschaftlichen Arbeit die Entartung des Sozialismus zu einem bloßen Arbeiterreformismus. Der Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Sicherung dieser Errungenschaften durch Einsetzung von Fabrikarbeitsräten, Arbeiterräte, Lohnkomitees, der Kampf für den Ausbau der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, die Sorge für die Arbeitslosen, endlich der Kampf für die Demokratisierung der Fabrik selbst — das alles sind abermals unentbehrliche und höchst wirkungsvolle Mittel des Sozialismus. Schon vor dem kommunistischen Manifest schrieb Karl Marx in seinem Buche „Das Elend der Philosophie“ gegen Proudhon, der Arbeiterkoalitionen als nutzlos verwarf, daß trotz aller theoretischen Gegnerschaft die Arbeiterkoalitionen keinen Augenblick aufgehört hätten, mit der Entwicklung der modernen Industrie zu wachsen. „Das ist heute so sehr der Fall, daß der Entwicklungsgrad der Koalitionen in einem Lande genau den Rang bezeichnet, den dasselbe in der Hierarchie des Weltmarktes einnimmt. England, wo die Industrie am höchsten entwickelt ist, besitzt die umfangreichsten und bestorganisierten Koalitionen.“ Von allem Anfang an also der marxistische Sozialismus weit entfernt davon, die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit zu unterschätzen. Was er aber auf das entschiedenste bekämpfen muß, das ist der gewerkschaftliche Geist, der darin besteht, das Lebenswerk des Proletariats in diesen Methoden und Kämpfen um die Besserung seiner ökonomischen Lage beschließen zu sehen und allenfalls sich damit zu trösten, daß das Endziel sich schon aus der günstigeren Situation der Arbeiterschaft von selbst ergeben werde. Wo die proletarische Arbeit und Geisteshaltung wesentlich gewerkschaftlich organisiert ist, da führt sie nicht zu einem Bewußtsein, das über die bürgerliche Gegenwart hinausführt, sondern, das sich in dieser so gut wie möglich einrichten will. Anstelle der Einrichtung einer freien Gewerkschaft strebt diese Arbeit bloß dem Ziele zu, den Arbeitern ihre Lage so wenig fühlbar wie möglich zu machen, an die Stelle schöpferischer Unabhängigkeit eine befriedigende Auskömmlichkeit des Daseins zu setzen, an die Stelle vorwärtsstrebenden Idealismus die im Kleinen unerfüllliche Behaglichkeit des Alltags. Mit Recht rief daher Karl Marx in seiner Rede über Lohn, Preis und Profit den englischen Arbeitern zu, was aber eine Mahnung für alle ist, sie sollten nicht vergessen, daß sie in den gewerkschaftlichen Kämpfen nur mit Mitteln und nicht mit den Ursachen dieser Wirkungen kämpfen; daß sie die Arbeitsbewegung aufhalten, aber deren Richtung nicht verändern, daß sie Palliativmittel anwenden, aber die Krankheit nicht heilen. Gewerkschaften sind wirksam als Zenitren des Widerstandes gegen Uebergriffe des Kapitals. Sie erweisen sich in Einzelfällen als unwirksam infolge unbedachten Gebrauches ihrer Macht. Sie verfehlen im allgemeinen ihren Zweck dadurch, daß sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuarbeiten und ihre organische Kraft als einen Hebel für die endgültige Abschaffung des Lohnsystems gebrauchen.

Die ganze Gefährlichkeit des bloß gewerkschaftlichen Standpunktes im Sozialismus konnte Marx übrigens noch gar nicht aufzeichnen, da sie sich erst aus der modernen Entwicklung des Kapitalismus ergeben hat. Der moderne Kapitalismus hat den nationalen Boden wieder erstehen lassen in der Form des staatlichen Wirtschaftsgebietes und der wirtschaftlichen Einflusssphäre, die ein Produkt der Hochkonzentration des wenigen Kapitalismus geworden ist. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkte wird nicht mehr von den

einzelnen Kapitalisten bloß untereinander gemacht, wie dies dem Freihandel eigen war, sondern, indem sich jedes Wirtschaftsgebiet von dem anderen durch Schutzmaßnahmen abschließt, steht hinter dem einzelnen Kapitalisten gleichsam die ganze politische und wirtschaftliche Macht seines Staates, um ihn in seinem Konkurrenzkampf zu unterstützen. Alle diese armerierten kapitalistischen Begehrlichkeiten fördern nun nach jenen Ländergebieten hin, die nach von keinem anderen Staate befehlt oder doch genügend in seine Botmäßigkeit gebracht worden sind, und so entsteht daraus jener Drang des modernen Kapitalismus ins Weite, über die Meere hinaus zu fremden Küsten und Inseln, den die Romantik unserer verlogenen Zeit so gerne als Jugendbrang der Volkskraft ausgiebt, während er nur die unerfüllte Gier nach Profit ist. Und indem diese Gier der einen überall zusammenstößt mit der konkurrierenden Gier der anderen, verwandelt sich auch die alte Kulturindenz des Kapitalismus, die Welt durch Industrie und Handel zu verbinden in das die Staaten einweisende Streben, die Welt zu beherrschen. So wird der Kapitalismus zum Imperialismus, dessen Intereise die möglichste Stärkung und Vergrößerung der Staatsmacht verlangt, der mit Großmachtpolitik notwendig verbunden ist, und die feindliche Stellung der Nationen zueinander als bloße Funktion aus dem unentwärtbaren Verwendungsstreben des heimischen Kapitals hervorgeht.

Kein Zweifel nun, daß die ökonomische Lage des Proletariats in jedem Lande an diesem Imperialismus positiv interessiert zu sein scheint. Denn eine erfolgreiche Expansion des heimischen Kapitals, ein stetiges Vordringen in Kolonien und eine Erweiterung der eigenen Interessensphäre im Auslande bedingen die Erschließung neuer Absatzgebiete, Steigerung der heimischen Exportindustrien, vermehrte Arbeitsgelegenheiten, Steigerung der Löhne, damit des Konsums und zuletzt auf diesem Wege auch Steigerung der übrigen Produktionszweige. Aber trotzdem ist dies alles nur ein trügerischer Schein, der freilich das bloß gewerkschaftliche Denken nur allzusehr geblendet hat. Die beiden ersten vorzüglichen Darsteller dieser ökonomischen Phase des Kapitalismus, Otto Bauer und Rudolf Hilferding, haben übereinstimmend bereits darauf hingewiesen, wie falsch es ist, wenn diese auf den ersten Blick sich bietenden Vorteile für die Arbeiterklasse ihr das Urteil bestimmen und sie abhalten würden, den Imperialismus trotzdem als ihren Todfeind zu bekämpfen. Denn diese Prosperität, erzeugt von der fortgesetzten Expansion des Kapitals, ist ja, wie wir gesehen haben, nur durch die größte Wastwendung des Staates selbst zu halten. Die Arbeiterschaft muß also dafür alle Lasten und Uebel der Großmachtpolitik in Kauf nehmen. Sie muß nicht nur durch eine immer gesteigerte Schutzpolitik sich ihre wesentlichen Lebensmittel beständig verteuern lassen, sondern jetzt begann auch dieses wachstumsfähige Wirtschaften zu Wasser und zu Lande, das die Lasten des Militarismus schon vor dem Kriege unermesslich steigen ließ, Vertierung der Lebenshaltung und immer größerer Steuerdruck nahmen so dem Proletariat auf der einen Seite, was es aus der wirtschaftlichen Prosperität gewonnen hatte. Dazu kam aber auch die Steuere, in den vier Jahren vor dem Weltkriege auch durch Einzelkriege bereits verwickelte Kriegsgelände, die endlich auch zu dem vom Sozialismus vorausgesagten katastrophalen Weltbrande führten.

Aber dieser materielle Schaden, so unermesslich er ist, macht noch nicht den ganzen „Gewinn“ des Imperialismus für das Proletariat aus. Es kommt dazu die geistige Verwöhnung im Sozialismus selbst, die in großen Schichten des Proletariats dadurch zustande kam, daß sie unter dem Einflusse imperialistischer Auffassungen eben den Standpunkt des bloßen Arbeiterinteresses, dem Standpunkt der Emanzipation der Arbeiterklasse vorangestellt haben. Hier liegt der Grund, der das Verlangen der Internationale des Proletariats im Weltkriege als notwendig und gar nicht anders möglich erklärt. Denn so sicher, als der Gedanke der Befreiung des Proletariats nur international möglich ist, so sicher mußte das Interesse an der imperialistischen Ausbreitung des eigenen Kapitals diese Internationalität durchkreuzen, indem es das Proletariat jeden Landes im Gegensatz zu dem Wirtschaftsbereich und damit zu dem Proletariat des konkurrierenden Landes brachte. Das Wort vom Sozialpatriotismus, das erst im Kriege aufgetaucht ist, bedeutet kein Schimpfwort. Es bezeichnet eine Richtung des Sozialismus, die wirklich glaubt, daß das Schicksal des proletarischen Befreiungskampfes an das Wohl und Wehe der heimischen Kapitalausbreitung geknüpft ist. Von da aus war denn nur ein Schritt dazu, im Kriege der imperialistischen Klassenstaaten auch eine eigene Sache des Proletariats zu sehen.

Ein Verbot.

Der Bund belgischer Arbeiter in den Niederlanden hatte sich ein Blatt, den „Belgischen Sozialisten“ geschaffen. Von seinem ersten Erscheinen an führte das Organ einen unerschrockenen Kampf gegen die Annerkennung und Kriegsverlängerer auf allen Seiten. Weder die belgischen Parteigenossen, die das „Durchhalten“ predigten, noch die belgische Regierung wurden gespart. In gleicher Weise wurden die Fehler hie und da drüber aufgezeigt, und wie es selbstverständlich ist, am schärfsten getadelt, wenn sozialistische Parteien oder Gruppen eine Stellung einnahmen, die eine Stärkung des Imperialismus und Kapitalismus bedeutete.

Der Ton des „Belgischen Sozialisten“ ist frisch und entschieden, seine Schreibweise prägnant. Jeder Arbeiter, der auch nur ein wenig sich mit Politik beschäftigt, muß verstehen, was das Blatt bringt und was es will. Aber wie es so ist: Zeitungen und Zeitschriften, die es sich zur Aufgabe machen, die Massen zum Nachdenken über die Ursachen und die mögliche Beendigung des Krieges zu drängen, sind

bei den Regierenden und bei den militärischen Behörden nicht eben beliebt. So hat auch die belgische Regierung der niederländischen den Wink gegeben, den „Belgischen Sozialisten“ in den Internierlagern zu verbieten. In Holland ist man dem Ersuchen gefolgt — unbegreiflicherweise, denn der „Belgische Sozialist“ hat nicht gegen Holland den Kampf geführt, er hat die Neutralität gegenüber dem Lande, das so viele belgische Arbeiter aufgenommen hat, voll gewahrt und nur dann Stellung genommen, wenn den Internierten Rechte entzogen werden sollten. Es lag also kein zwingender Grund für die holländische Regierung vor, den Wünschen der belgischen Regierung Anerkennung zu verschaffen.

Die Organisation der belgischen Arbeiter in den Niederlanden hat gegen die über ihr Organ verhängten Maßregeln energisch protestiert. Sie spürt das Verbot des Blattes empfindlich, es war das Bündnis zwischen der Bundesleitung und den zunächst nur schwach organisierten Arbeitern. Mit seinem Erscheinen begann ein Aufleben der belgischen Arbeiterbewegung in Holland, jetzt droht die Gefahr, daß die Arbeiter den Zusammenhang untereinander verlieren.

In seinem Protest stellt der Bund belgischer Arbeiter fest, daß der „Belgische Sozialist“ kein antisemitisches Blatt ist, wie es die holländische Militärbehörde behauptet. Seine Forderungen in bezug auf Belgien lauten: „Belgien frei, Belgien unabhängig, Schadenersatz für Belgien.“

Noch ist die Hoffnung nicht aufgegeben, daß das Verbot bald aufgehoben werde. Die holländischen Parteigenossen bemühen sich, ihrer Regierung auszuwachen, daß es der niederländischen Militärbehörde ganz gleichgültig sein müsse, was für ein Blatt von den in Holland internierten Belgiern gelesen werde. Der Bund selbst wendet sich auch an die belgische Gesandtschaft in Haag. Er protestiert im Namen von 5000 internierten Belgiern gegen die Beschränkung der Pressefreiheit, und er fordert außerdem auch Van der Velde auf, zu veranlassen, daß der Befehl rückgängig gemacht werde.

Gewerkschaftliche Diskussionen.

Unter dieser Ueberschrift wendete sich Parvus in der „Neuen Zeit“ vom Juli 1908 gegen die Hochmütigkeit gewisser deutscher Gewerkschaftsführer, die sich einbilden, auf die Regierungen erfolgreich einzuwirken, tatsächlich Einfluß im Interesse der Arbeiter ausüben zu können. „Es ist ein böses Versehen“, sagte Parvus damals, „wenn der Führer einer Armee die stärkste vom Feinde besetzte und besetzte Stellung als neutrale Position aufsaugt. Noch schlimmer aber ist es, wenn der Feldherr sich über Bewegungen des Feindes täuscht, wenn er einen Rückzug annimmt, wo der Feind zum Angriff rüftet.“ Und an anderer Stelle führt er: „Das einmal ein Gewerkschaftspraktiker durch determinierte Verkürzung seines Projektionsmaßes den Maßstab zur Bewertung der relativen Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes verloren, so erscheint ihm die gewerkschaftliche Entwicklung selbst als ein Sonderding. Er vermag das, was er selbst und die anderen geleistet haben, nicht mehr zu begreifen, sondern nur noch zu bewundern. So begegnen wir denn unter den Gewerkschaftsdoctrinären Stimmungen, die zwischen Bewunderung und Befremden schwanken — gleich jenem Ouhne, das ein Gutenei ausgebrütet hat.“

In der Tat hat Parvus — wenn er auch jetzt mit den von ihm verspotteten Gewerkschaftsführern eine gemeinsame Kriegspolitik betreibt — gewiß recht. Man kann es Jahr für Jahr fast in jeder Gewerkschaftsbroschüre lesen: die Gewerkschaften schreiten von Erfolg zu Erfolg. Wenn auch nur die Hälfte davon wahr wäre, würde es den Arbeitern bereits seit Jahren glänzend gehen. Die Gewerkschaftsführer kennen eben nur ihre sogenannten Erfolge, und sie wollen nichts hören, was deren Wert ins richtige Licht setzen könnte. Karl Rautsky hatte im Jahre 1900 daran erinnert, daß außer den Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen sich auch andere Dinge zutragen, wie z. B. Steigerungen der Warenpreise, stärkere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft durch neuere Maschinen usw. Berücksichtigt man das, so gewinnt man über die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Erfolge ein anderes Bild. Die Gewerkschaftsbureaokratie kann eine solche vorurteilsfreie Prüfung der Gewerkschaftstätigkeit nicht vertragen. Sie hat damals einen ganzen Wolkensbruch von Verdrehungen, Verleumdungen und Beschimpfungen über den Genossen Rautsky niedergehen lassen, um diesen unbequemen Mahner mundtot zu machen.

Nicht lange vor dem Kriege, im Jahre 1912, haben dann zwei Universitätsprofessoren, nämlich Dr. Stephan Bauer in Basel und Irving Fischer in New Haven, eine Arbeit über „Preissteigerung und Reallohnpolitik“ veröffentlicht, in der sie eine seit 1890 stetig fortschreitende Steigerung der Warenpreise feststellten und auch für künftighin eine Steigerung nutzten. Es wird jeder zugeben, daß es sich hier um eine Sache handelt, die für die Frage, wie sich die Lebenslage der Arbeiterklasse gestaltet hat, von außerordentlicher Bedeutung ist. Nur für die Gewerkschaftsführer ist dies ziemlich gleichgültig — sie schreiten von Erfolg zu Erfolg. Bauer und Fischer empfah-

len damals die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Lebenskosten. Sie hofften, „daß aus dem Zusammenwirken von Sozialstatistikern, Physiologen, Krankenkassen und lohnentscheidenden Stellen (Einigungsämtern, Gewerksvereinen, Tarifausschüssen) jene Maßregeln zu treffen sein werden, durch die die Bestimmung des Mindestlohns ihre reallohnpolitische Grundlage erhalten wird, der ihm bisher nur nach schweren Kämpfen um ungewisse Güter zuteil wurde.“ Die hier zutage tretende Auffassung, es werde sich auf diese Weise eine endgültige Regelung der Lohnfrage finden lassen, ist gewiß utopisch. Von Wert aber ist, wie hier von bürgerlicher Seite dargestellt wird, daß trotz aller Gewerkschaftstätigkeit große volkswirtschaftliche Kräfte tätig sind, die Lage der Arbeiterklasse zu verschlechtern.

Während des Krieges haben diese Kräfte dahingewirkt, der Unternehmerklasse ungeheure Gewinne in den Schoß zu werfen (das heißt in der Gewerkschaftssprache: „Sozialismus wohin wir blicken!“) und der Arbeiterklasse doppelt und dreifach abzunehmen, was ihr an Lohnsteigerungen zugekommen ist, denn die Lasten des Krieges sind auch später noch zu tragen, das tut alles nichts: die Gewerkschaftsführer eilen in ihrer Phantasie unbekümmert von Erfolg zu Erfolg. Ein ganzes dickes Buch voll solcher Erfolge hat P. U. m. b. r. e. i. t. in seiner Schrift: „Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege“ aufgezeichnet.

Aus der Bewegung.

Stettin. Uns wird geschrieben: „Endlich beginnt es auch bei den Regierungssozialisten zu tagen. In der vorigen Nummer des Mitteilungsblattes erwähnen wir bereits die Neubesetzung der Redaktion des bisher im regierungsozialistischen Fahrwasser geschwommenen „Volksboten“. Der neue Redakteur schreibt in einem Artikel vom 24. 3. 18 u. a.: „Der neue 15-Milliarden-Kredit ist vom Reichstage mit Zustimmung der Sozialdemokraten bewilligt; dagegen hat die Fraktion bei der Beschlußfassung über den Ausfriedensentscheidungen geäußert, weil seine Bedingungen unseren Forderungen nicht entsprechen und die Sozialdemokratie die Verantwortung für den Friedensvertrag ablehnen muß.“

Wir können uns mit der Haltung der Fraktion in diesen Fragen nicht befremden. Uns wäre die Ablehnung der Kredite und des Friedensvertrages lieber gewesen; denn einer Regierung Mittel zur Fortführung eines Krieges zu bewilligen, der bei einem für Deutschland günstigen Ausgang nicht mit einem „weichen Frieden“ endigen soll, sondern auf Eroberungen hinstreift, entspricht nicht unserer Ansicht. Ebenso hatten wir es für richtiger gehalten, wenn die Fraktion den Friedensvertrag mit Rußland glatt abgelehnt hätte; das wäre jedenfalls konsequenter gewesen. Selbstverständlich haben wir den Beschluß zu respektieren, aber wir sind sicher, daß er in weiten Parteilreisen große Mißbilligung erregen wird.“

Diese Erkenntnis kommt reichlich spät, aber wir konstatieren sie mit Genugtuung. Was wird denn hier in den paar Sätzen ausgedrückt? Doch weiter nichts als das, was wir Unabhängigen in Pommern bereits im Frühjahr 1915 durchgängig hatten und von der Fraktion und Parteivorstand verlangten: Ablehnung aller weiteren Kriegskredite! Denn schon im Frühjahr 1915 war klar zu sehen, was die herrschenden Massen mit der Regierung planen. Wir von der damaligen Opposition haben dieses Verlangen immer wieder an den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion gestellt, bis wir dann aus der Partei, unter Verübung der verschiedenen Gewalttate gegen uns, hinausgeworfen wurden.

Mit erfreulicher Deutlichkeit wird hier auf die „Halbheit“ der Fraktion bei der Stellung zum Friedensvertrag hingewiesen. Wie die Fraktion zu diesem Beschluß gekommen ist, ist uns unbekannt; bekannt ist aber, daß diese Stellungnahme der bisherigen Haltung geradezu ins Gesicht schlägt. Bisher operierte man damit, daß es einer großen Fraktion, wie die sozialdemokratische, unwürdig sei, Stimmhaltung zu üben; dieses können sich nur diejenigen leisten, die nur alles „negieren“. Und gerade diese Frage der Stimmhaltung hat bei der ersten Stellungnahme der Fraktion am 3. August 1914 eine nicht unbedeutende Rolle gespielt; denn damals, als nicht klar zu erkennen war, ob Deutschland sich in der Abwehr oder im Angriff befindet, war es der Genosse Karl Rautsky und andere, die für Stimmhaltung eintraten, da wurde es aber von den Herren David, Heine, Begien und Konsorten auf das entschiedenste zurückgewiesen, mit der Begründung, wie man als eine große Partei solche Stellung einnehmen könne. Jetzt hat man eine solche Stellung einnehmen können, und dazu noch in einer Frage, die durchaus klar liegt, die eine unbedingte, glatte Ablehnung notwendig machte. Damit hat aber die regierungsozialistische Fraktion selbst ihr Todesurteil gesprochen.

Eigenartig berührt es, wenn man sich vergegenwärtigt, wie noch einige Wochen zuvor, bei Abschluß des Friedensvertrages mit der Ukraine, derselbe „Volksbote“ in demagogischer Weise gegen die Fraktion der Unabhängigen zu Felde zog, die diesen Friedensvertrag glatt abgelehnt hatte, und sich nicht entblödete, die Behauptung aufzustellen: Die Unabhängigen haben gegen den Frieden gestimmt. Was man zu dieser Art Politik des „Volksboten“ und seiner Hintermänner sagen soll, weiß man zunächst noch nicht. Jedenfalls ist das ganze Gebahren

nicht klar; es ist doch nicht anzunehmen, daß mit dem Einziehen eines neuen Redakteurs und neuen Bezirkssekretärs in der Schillerstraße nun mit einem Male sich die Anschauungen der Männer in den leitenden Instanzen so vollkommen geändert haben. Wenn dieses aber der Fall ist, dann muß es mit ihrer „Ueberzeugung“ wahrlich nicht weit her gewesen sein. Oder ist das nur Bauerzählung, der hier betrieben wird? Sollte dieses letzte nicht der Fall sein, dann werden ja nun die, die bisher die Unabhängigen wegen ihrer Stellungnahme zu der Politik der Reichstagsfraktion mit den schöfflichsten Mitteln bekämpften, wissen, wo sie hingehören, nicht bei den Regierungsozialisten, sondern in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.“

Was den in vorstehender Zuschrift gemachten Hinweis auf die Haltung des Genossen Rautsky bei Ausbruch des Krieges betrifft, so möchten wir keinen Zweifel darüber lassen, daß wir zu denen gehörten, die damals nur eine glatte Ablehnung der ersten Kreditvorlagen als im Einklang mit unserer sozialistischen internationalen Auffassung stehend für die einzig mögliche Politik der Fraktion angesehen haben.

Aus dem Wahlkreis Genu-Bokenheim-Gelnhausen-Ors. Der von den Regierungssozialisten vom Militär reklamierte Sekretär Rask, Vandenberg, berichtete jeden Tag in der „Volksstimme“ über die großen Erfolge seiner Tätigkeit. Ueberall gutbesuchte Mitgliederversammlungen, wo gar keine vorhanden sind. Doch und Rask können im Kreise überall in öffentlichen Versammlungen ungehindert reden. Wir machten nun wiederum einen Versuch und meldeten für 24. März in Genu eine öffentliche Versammlung an, in der Genosse Dr. Herzfeld sprechen sollte.

Da diese öffentliche Versammlung unmöglich war, fand eine Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Herzfeld vor unseren sehr zahlreich eingefundenen Mitgliedern sprach. Ebenso auch in Dörnigheim, die sehr gut besucht war, sprach Genosse Herzfeld unter dem Beifall der Anwesenden. In Groh-Ruhe im konnte Genosse Herzfeld leider nicht sprechen, wie es vorgehen, da er verhindert war, zu erscheinen. Hier sprach Genosse Schnellbacher vor gut besuchter Versammlung. In Wachenbuchen und Rohdorf fanden ebenfalls gutbesuchte Mitgliederversammlungen statt, von denen über die Vorgänge bei den Mehlschiebereien und dem „Auslandsvieh“ berichtet wurde. Kreisobstaatssekretär Walter und Kaufmann Döring und verschiedene Mühlenbesitzer sind alleinig die Sieger sind. Goites Mühlen mahlen hier wirklich sehr langsam. Unsere Bewegung macht überall prächtige Fortschritte, trotz dem von hoch reklamierten Sekretär Rask. Dies war ein neuer Ansporn, in der Kleinarbeit nicht zu erlahmen.

Rönigsberg i. Pr. In der von etwa 200 Mitgliedern besuchten Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins U. S. P. D. am 7. April dieses Jahres konnte der Vorsitzende Genosse Vinde in seinem Geschäftsbericht den Umständen nach befriedigende Ergebnisse mitteilen. Der Mitgliederbestand ist trotz der vielen Anfeindungen und Beschränkungen in der Agitation seit Spaltung der Organisation stabil geblieben. Es sind zwar wieder 38 Mitglieder zum Militärdienst eingezogen, einige Mitglieder sind verstorben und nach auswärtig verzogen, dafür sind aber 50 Mitglieder zum Teil neu gewonnen, zum Teil von der Abhängigen Organisation zurückgekehrt. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug am 1. April dieses Jahres 850 und zwar 413 männliche und 437 weibliche. Auch die Passverhältnisse besriedigen. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit rund 4000 Mark. Um die von den verschiedensten Seiten häufig bekämpfte und infolge des verschärften Belagerungszustandes jeder Agitationsmöglichkeit fast vollständig beraubte Organisation lebensfähig zu erhalten und die Opfer des Kriegszustandes vor Not zu schützen, sind von den Parteigenossen durch freiwillige Sammlungen über 2000 Mark aufgebracht. Durch sonstige freiwillige Zuwendungen wurde es ermöglicht, an 20 bedürftige Familien im Felde stehenden Mitgliedern einmögliche Unterstützungen zu zahlen. Die Beitragsverhöhung von monatlich 50 auf 60 Pfennig für männliche und von 20 auf 30 Pf. für weibliche Mitglieder wurde einstimmig beschlossen.

Diese Opferwilligkeit und das unerschütterliche Festhalten der Mitglieder an der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bietet uns die Gewähr, daß unsere Organisation trotz aller beherrschenden Bekämpfung von seiten der Regierungssozialisten nicht nur den Krieg überdauern, sondern auch nach dem Kriege kampfbereit zur Eroberung der politischen Macht und des sozialistischen Endziels dastehen wird.

Wie man die Arbeiter belehrt. Das reformsozialistische Freiburger Organ des badischen Oberlandes, „Volksrecht“, geleitet von Ansgar Weismann, teilt in der Nr. 79 mit, wie in der französischen Kammer der Abg. Preissman die Zustimmung der Minderheitsfraktion der Sozialisten zur Einberufung der Jahresklassen 1919 begründet. Darin teilt dann Weismann die Worte:

„Und angesichts einer solcher Haltung der französischen Minderheitssozialisten will man es der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verbieten, wenn sie, um das Land zu schützen, in welchem die deutschen Arbeiter auch nach dem Kriege Lohn und Brot finden müssen, für die Kriegskredite stimmt! (Red.).“

Aus den Gewerkschaften.

Auch ein Zeichen der Neuorientierung. Eine bemerkenswerte Schadenersatzklage hat kürzlich das Gewerbegericht Düsseldorf beschäftigt. Die Firma Düsseldorf Eisenbahnbedarf klagte vor dem Gewerbe-

gericht gegen einen Schlosser auf Zahlung einer Entschädigung von 216 Mark mit der Begründung, daß der Beklagte die Arbeiter der Wertstraße in Hohlhausen zur Arbeitsüberlegung aufgefordert und dadurch einen Ausstand hervorgerufen habe. Nach § 830 des Bürgerlichen Gesetzbuches müsse er als Anstifter für allen der Firma entstandenen Schaden aufkommen. Dieser sei bedeutend höher; es sei nur Ersatz für Rohlen und Schmieröl gefordert worden. Das Gewerbegericht hat der Klage stattgegeben und den Beklagten zur Zahlung verurteilt.

Der § 830 BGB. lautet: „Haben mehrere durch eine gemeinschaftliche Handlung einen Schaden verursacht, so ist jeder für den Schaden verantwortlich. Das gleiche ist, wenn sich nicht ermitteln läßt, wer von mehreren Beteiligten den Schaden durch seine Handlung verursacht hat. Anstifter und Gehilfen stehen Mitstiftern gleich.“

Wie die Bildhauerzeitung die Neutralität der Gewerkschaften in politischen Fragen auffaßt, dafür liefert folgende in der Nummer vom 14. April enthaltene Notiz über den Wahlausfall einen klassischen Beweis. Wir lesen da:

„Der Bruderkampf im Reichstagswahlkreis Niederbarnim hat einen für beide Teile, die Anhänger der alten sozialdemokratischen Partei, wie der „Unabhängigen“, überraschenden Ausgang genommen. Der Kandidat der letzteren, Dr. Breitscheid, holte sich wider Erwarten schon am Hauptwahltag eine glänzende Schlapp, der Kandidat der alten sozialdemokratischen Partei, Zentral-Arbeitersekretär Rudolf Wissell, schlug ihn mit circa 10000 Stimmen. In Flugblättern und auf Plakaten war ersterer als „der einzig mögliche Nachfolger des verstorbenen Abgeordneten Artur Stödtgen“ proklamiert worden. Die „Massen“, auf die die Unabhängigen sich immer und immer stützten, haben anders entschieden! Und da sie das einzig wahre demokratische Empfinden für sich reklamieren, werden sie diesem Volksurteil unweigerlich Rechnung tragen müssen. Dagegen sollte die Berufung auf die Massen nur ein demagogischer Kniff sein? Es gab schon immer und gibt noch genug Leute in den Reihen der sogenannten Intellektuellen, die Herren Akademiker, denen die Mäse der blinde Höhr, wenn sie nicht nach ihrer Pleiße tanzen will. Ihr ganzes Prestige, soweit es noch vorhanden, gab die Zentralleitung der „Unabhängigen“ jedoch preis durch die Parole, bei der Stichwahl sich der Stimme zu enthalten. So etwas ist im Reichstagswahlkampf in Deutschland noch nicht dagewesen. Darob Rebellion in der Masse, aber man sah schließlich doch wohl ein, daß mit diesem Kandidaten selbst der ihnen todsicher erscheinene Wahlsieger nicht zu halten war. Bei der Stichwahl am 26. März wurde denn auch der „Gewerkschaftler“ Wissell mit über 25000 Stimmen gewählt gegen noch nicht 300, die auf den Kandidaten der „Unabhängigen“ fielen.“

Auf den Inhalt dieser „objektiven“ Notiz gehen wir nicht näher ein; sie charakterisiert die Herren Gewerkschaftsmacher genügend. Und dann wundern sich diese Leute noch, daß diejenigen, die nicht ihrer politischen Auffassung sind, in den Gewerkschaften gegen diese Art Neutralität sich zur Wehr setzen und die „Politik in die Gewerkschaften tragen“, wie es so schön heißt. Was müßten das für Leute sein, die sich das ruhig gefallen lassen?

Die Berliner Holzarbeiter und der Volksbund für Freiheit und Vaterland. Die neugewählte Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes in Berlin beschäftigte sich am 20. März mit dem Beitritt der Generalkommission und der Vorstände zum Volksbunde. Die Versammlung beschloß zunächst die vorliegende Tagesordnung: 1. Vortrag des Vorsitzenden Leipart über Volksbund für Freiheit und Vaterland. 2. Diskussion, abzuändern und folgende Tagesordnung sich zu geben: 1. Begründung des Antrags über Austritt aus dem Volksbund für Freiheit und Vaterland. 2. Korreferat Leipart. 3. Diskussion. — Der Begründer des Antrags betonte die Notwendigkeit des Austritts aus dem Volksbunde schon aus prinzipiellen Gründen.

Der Vorsitzende Leipart meinte, des Volksbundes Willen bewege sich im Sinne unserer sozialdemokratischen Forderungen. Sollten die Kollegen denn immer gefragt sein? Das müsse erst der Verbandstag beschließen. Man sei im Bunde der Volksgenossen. Die Gewerkschaften hätten viel Einfluß gewonnen. Nach einer Debatte wurde gegen einige Stimmen nachstehender Antrag angenommen:

„Durch ihren Beitritt zum Volksbund für Freiheit und Vaterland haben die Generalkommission und die Gewerkschaftsvorstände den Interessen der Arbeiterbewegung zuwider sich betätigt. Folgend auf die §§ 139—141 des Verbandsstatuts fordert die Generalversammlung vom Vorstand den Austritt aus genanntem Bunde. Die Generalversammlung erklärt den Beitritt zu diesem Bunde als ein jeder ehrlichen Demokratie höhnpredigenden Akt und weist für sich jede Gemeinschaft mit dieser Vereinigung entschieden von sich.“

Ein Nachtrag zu diesem Antrag auf Berufung eines außerordentlichen Verbandstages, wenn der Austritt verweigert wird, und auf Sperrung der Beiträge an die Generalkommission, wird für einige Zeit zurückgestellt. Es soll abgewartet werden, was der Vorstand tun wird. Darauf erklärte der Vorsitzende Leipart, diese Versammlung sei für ihn nicht maßgebend. Der Vorstand stütze sich auf die Kollegenschaft des ganzen Reiches.

„Freie Gewerkschaft oder Harmonievereinigung.“ Man schreibt uns: Der Hauptverband des Verbandes der Gastwirtsgehilfen (Stz Berlin) ist mit dem Deutschen Kellnerbund (Stz Leipzig), dem Genfer Verband, dem Christlichen Kellnerverein und dem Verband der Röhre unterer Mittelere der Gesellschaft für soziale Reform zu einer Einigung gelangt auf der Basis einer Arbeitsgemeinschaft der gastwirtslichen Gehilfen-

verbände. Damit nicht genug, hofft der „Gewerkschaftsgehilfe“, das Organ der Freien Gewerkschaft der Gewerkschaften, auf eine noch innigere Verschmelzung! Er motiviert es mit dem Geist der neuen Zeit. Nun hat ja der Hauptvorstand zweifellos auch eine Anzahl der Verbandmitglieder für die Einigung eingenommen. Die Klassenbewußten, radikalen Mitglieder protestieren aber gegen diese Verkoppelung mit den gelben, blauen, streberischen und kriecherischen Vereinen. Sie wollen ihrer freien Gewerkschaft nicht den Klassenkampfcharakter nehmen lassen und ihn nicht zum Harmonieverein herabsinken lassen. Der Verband der Gewerkschaften als freie Organisation wird in seiner tatkräftigen Agitation gehindert und gehemmt. Er wird mit diesen unaufgeklärten Arbeitsgemeinschaftsmitgliedern, welche von der sozialistischen Grundanschauung kein klares Bild haben, keine ernsthaften Kämpfe mit Erfolg durchführen können, die uns der furchtbaren Enge der Zeit nach dem Kriege wohl oder übel aufzwingen wird. Die Klassenbewußten Kollegen im Verbandsbesitz, an Stelle der ungesunden Verschmelzung, in einen Mischmasch eine rege, intensive Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder, Aufklärung der Indifferenten im Rahmen des Verbandes und Organisierung der weiblichen Mitarbeiter, aber unter Hervorhebung des Kampfscharakters, der unserem Organ, dem „Gewerkschaftsgehilfe“, bitter nützt. Wenn die Kräfte und die Macht der freien Gewerkschaft intensiver ausgebaut und gestärkt werden, so wird der Erfolg im bevorstehenden Kampf gegen den im Kriege gemästeten Kapitalismus viel eher auf unserer Seite sein, als wenn wir die unzuverlässigen Bundesgenossen als Klotz am Bein bei uns haben. Diese hindern uns nur mit ihren Wenn und Aber in unserer alten, sieggewohnten Kampfweise. Vorstehende Anschauung wird in einem Antrage zum nächsten Verbandstage der Gewerkschaften ihren Niederschlag finden, gleichzeitig mit dem Hinweis auf die verfehlte Gewerkschaftspolitik des 4. August. Dann wird es sich zeigen, ob unser Verband der Gewerkschaften weiter seinen Stolz als freie Gewerkschaft behaupten will oder mit Pauken und Trompeten ins Lager der wirtschaftsfriedlichen Harmonievereine übergeht. Aber Erfolg für die Mitglieder hat nur die Erziehung zum Kampf. Die Zukunft wird es lehren.

Gründungsgehilfen und Berliner Gewerkschaftskommission. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen (Bezirk Groß-Berlin) beschäftigte sich am 21. März d. J. mit dem Antrage „Austritt aus der Berliner Gewerkschaftskommission“. Kollege Hoffmann erklärte hierzu, daß sich die Verwaltung wiederholt mit diesem Antrage beschäftigt habe und daß ihr der Austritt nicht zweckmäßig erscheine. Er gab ferner Schreiben zweier Kollegen aus dem Felde bekannt, die sich gegen diesen Antrag aussprechen, zum mindesten aber Vertagung bis nach dem Kriege verlangen. — Hierauf setzte eine rege Diskussion ein, in der sich die meisten Redner gegen den Antrag wandten. Der Versammlung wurde vom Kollegen Wesland folgender Antrag vorgelegt:

„Die am 21. März in den Sophiensälen tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen verurteilt die Stellungnahme der Berliner Gewerkschaftskommission während des Krieges den Angehörigenfragen gegenüber (7-Uhr-Ladenstluß, Brotzuzug usw.), und führt die Entschliegung der Gewerkschaftskommission auf die Zusammenziehung des Ausschusses zurück. Aus diesem Grunde fordert die Versammlung für die Handlungsgehilfen einen Sitz im Ausschuss der Gewerkschaftskommission, um dadurch jederzeit eine sachliche Einwirkung zu ermöglichen. Die Ortsverwaltung wird ersucht, einen entsprechenden Antrag in der Gewerkschaftskommission anzubringen. Sie fordert ihre Delegierten auf, für die Durchführung des Antrages zu wirken und geht damit über den Antrag „Austritt aus der Gewerkschaftskommission“ zur Tagesordnung über.“

Kollege Schmidt gab einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit der Berliner Gewerkschaftskommission. Durch einen Sitz im Ausschuss würden wir in die Lage kommen, unsere berechtigten Wünsche besser begründen und vertreten zu können. Er wandte sich dann scharf gegen den Büroangestelltenverband, der unter dem Deckmantel des Bürgerfriedens seine Hauptaufgabe anscheinend darin sieht, aus unseren Reihen Mitglieder zu werben, und es beim J. A.-Verlag sogar fertiggebracht hat, nachdem wir wochenlang in Tarifverhandlungen gestanden haben, uns durch einen billigeren Tarif zu unterbieten.

Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrages auf Austritt aus der Berliner Gewerkschaftskommission mit großer Majorität. Der Antrag Wesland wurde angenommen. Ein Teil der Diskussionsredner bedauerte außerordentlich, daß der Hauptvorstand während des Krieges noch keine Beamtenskonferenz einberufen habe; auch die Abhaltung eines allgemeinen Verbandstages und einer Frauenkonferenz wurde dringend gewünscht. Es wurde beschlossen, daß der 1. Punkt der nächsten Mitgliederversammlung lauten soll: „Antrag, den Hauptvorstand zu ersuchen, noch in diesem Jahre einen Verbandstag einzuberufen.“ Die dann vorgenommenen Wahlen zum Aktionsausschuss ergaben: Hoffmann, Schröder, Gallies, Schmidt, Wesland, Selma Pahl und Grete Neuthal. In die Gewerkschaftskommission wurde Kollege Weiß gewählt.

Groß-Berliner Chronik.

Ein Elternabend im Jugendheim. So sonst lustig lärmende, lachende und witzbegierige Jugend die Räume füllt, läuschen heute Arbeitereltern den schlüchternen Weisen, die erschlagen, und den Worten unserer Frühlings- und Kampfschlichter. Keine Künstler sind es, die die Feier verschönern, es sind junge Arbeiterkinder, die im Heim ihre Jugendjahre ver-

leben und den Eltern einen Beweis bringen von dem Geist, der im Jugendheim auch in der jetzigen Zeit herrscht. — Klavier und Geigenbegleitung wechselten mit Dichtungen, die mit gutem Verständnis vorgelesen wurden. In der Ansprache wies der Genosse auf die Gefahren hin, die die Jugendlichen auf der Straße und im Getriebe der Fabrik umlauern. Da ist es Pflicht der Arbeitereltern, ihre Kinder davor zu bewahren. Gerade Arbeitereltern müssen ihr ganzes Augenmerk auf ihre Kinder richten, da doch die Kinder später mitarbeiten sollen an der Verwirklichung des Ideals, das die Klassenbewußte Arbeiterschaft befeuert. Die junge Garde des Proletariats ist die Zukunft der Arbeiterschaft. — Zwei junge Mädchen sangen dann liebe, alte Volkslieder zur Laute. Es wird ja im Heim versucht, jeden zum Vortrag heranzuziehen und so macht einer entdeckt dort in sich ein Talent, das er gern zur Verschönerung der kleinen Feiern entfaltet. Es sind keine Feste mit lautem Sing und Sang, die hier veranstaltet werden, sondern die Feiern sollen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen erheben, sie sollen ihnen ein Lichtblick werden in der langen Arbeitswoche, eine Erinnerung für spätere Zeiten. Dabei fehlt es aber niemals an gutem Humor und auch Volks- und Reigenmäntze erfreuen die Jugend. — Den Eltern ist gezeigt worden, daß nur Gutes und Schönes im Heim geübt wird und ihre Kinder den rechten Weg geführt werden, der einst den Menschen Erlösung aus Not und Elend und ihnen Freude und Frieden bringen wird.

„Und Freude, wo brennend die Träne jetzt fällt,
Und Frieden der ganzen, der seuzendigen Welt —
Und dem Volke der Zukunft Krone!“

Die Einführung der Kohlenkundenliste hat zu vielen Belästigungen des Publikums geführt. Noch sind viele Einwohner nicht in der Lage, einen Kohlenhändler zu finden, der sie in die Liste einträgt. Der Magistrat hat der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß derjenige, der bis zum 13. April keinen Kohlenhändler gefunden haben sollte, darauf rechnen kann, an einen bestimmten Händler überzuweisen und durch eine amtliche Ueberweisung der Kohlenstelle in der Linkstraße und der Spandauerstraße. Das wird zur Folge haben, daß das Publikum seine Kohlen nicht von dem in der Nähe wohnenden Händler beziehen kann, sondern weite Wege machen muß. Was das heißen will bei dem Mangel an Transportmitteln und dem dazu nötigen erheblichen Zeitaufwand, das wissen unsere Leser. Dann aber ist die Kohlenfalschheit auch noch nicht gelöst. Es besteht auch nach Eintragung in die Kundenliste gar keine Garantie, daß man bestimmt Kohlen bekommt.

Eine Tarifierhöhung der Fahrpreise der Hoch- und Untergrundbahn ist am 1. April in Kraft getreten. Diese Tarifierhöhung ist schlanter gegangen als die von der Großen Berliner Straßenbahn beabsichtigte. Während letztere die Genehmigung des Zweckverbandes nachgesucht hat und diese auch braucht, hat die Direktion der Hoch- und Untergrundbahn es sich bequemer gemacht, sie hat die Tarife einfach erhöht und sich um eine Genehmigung gar nicht erst bemüht; sie meint, sie habe das nicht nötig. Darüber sind nun Meinungsdivergenzen mit dem Vorstand des Zweckverbandes entstanden, die aber noch nicht erledigt sind.

Soweit es sich um die Tarifierhöhung der Straßenbahn handelt, so wird darüber in einem besonderen Ausschuss beraten. Daß eine Erhöhung kommt, ist sicher, über die Höhe ist noch keine Einigung getroffen. Die Versammlung des Zweckverbandes wird darüber am 25. April Beschluß fassen.

Die Gemeindeeinkommensteuer in Groß-Berlin wird in diesem Jahre in den großen Gemeinden 180 Prozent betragen, in der Stadt Berlin ist der Prozentsatz auf 175 festgesetzt.

Erschossen wurde in Oberschöneweide eine siebzehnjährige Arbeiterin von einem Soldaten. Es soll ein Unfall vorliegen.

Die Versendung von Kindern aufs Land in diesem Jahre dürfte eine Minderung gegen bisher erfahren. Einmal wollen bekanntlich verschiedene Kreise keine Kinder haben, deren Väter beim letzten Streik beteiligt waren, dann aber sollen mehr die Kinder der höheren Schulen berücksichtigt werden. Die Kreise Marienburg und Königsberg-Fischhausen, die früher Berliner Kinder aufgenommen hatten, wollen Berliner Kinder, deren Väter gestreikt haben, durchaus nicht haben.

Die Berliner Schulverwaltung hat sich aber dem Verlangen, eine solche Auslese unter den Kindern zu halten, ablehnend gegenüber verhalten und andere Kreise zugewiesen erhalten. Eine hiesige Lehrerin hatte auf eigene Faust bei Auswahl der aufs Land zu entsendenden Gemeindefachkinder alle Kinder aufstehen lassen, deren Väter gestreikt haben. Die Schulverwaltung hat dieses Verfahren nicht gebilligt.

Verurteilungen von Güterwagen auf dem Schlesischen Bahnhofs beschäftigt das Schöffengericht Berlin-Mitte. Angeklagt wegen Diebstahls von Gegenständen in amtlichem Gewahrsam waren der Weichensteller Franz Karbinski, der Weichensteller Reinhold Krüger und der Hilfsbetrieber Paul Weiß. Die Angeklagten waren auf dem Schlesischen Güterbahnhof beschäftigt gewesen. Schon seit geraumer Zeit führte hier die Bahnverwaltung einen ziemlich erfolglosen Kampf gegen eine Anzahl Diebe, die ganz systematisch die Waggons plündern und insbesondere wertvolle Stoffe und Luche entwenden. Wie behauptet wird, sollen allein in einem Monat auf diesem Güterbahnhof Waren im Werte von über 50 000 Mark gestohlen worden sein. Zu einem geringen Teil waren auch die jetzigen drei Angeklagten an diesen Diebstählen beteiligt. Das Gericht erkannte gegen Karbinski auf die gefällige Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis, gegen Krüger jedoch auf vier Monate und gegen Weiß auf sechs Monate Gefängnis.

Uns Leben genommen ist eine 34 Jahre alte Frau G. aus der Oststraße zu Neukölln. Vor zwei Jahren auf Urlaub nach Hause kam, brachte er seiner Frau einen Granatzünder als Andenken mit. Er versicherte, daß der Granatzünder entladen und durchaus ungefährlich sei. Vor einigen Tagen fand Frau G. den Zünder. Während sie damit hantierte, explodierte dieser, und die Frau zog sich schwere Verletzungen zu. Es kam eine Blutvergiftung hinzu, der die Unglückliche erlegen ist.

Familientragödie. In der Handjerystraße 52 in Friedenau hat die 29 Jahre alte Frau Marie Dellin ihren neun Jahre alten Sohn Hermann und sich selbst mit Leuchtgas vergiftet. Der Knabe ist tot, die Mutter konnte gerettet werden. — In dem Hause am Hermannplatz 6 in Neukölln wurde in ihrer Wohnung die 28 Jahre alte Frau Elise Strauch mit ihren beiden Töchtern, der sieben Jahre alten Elise und der fünfjährigen Lara, durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Vor einigen Tagen hatte Frau Strauch aus dem Felde die Nachricht erhalten, daß ihr Mann vermißt werde. Diese Nachricht hatte sie sich so zu Herzen genommen, daß sie beschloß, mit ihren Kindern aus dem Leben zu scheiden.

Aus der Zeit.

Zahr. (Eine sozialdemokratische Musterorganisation.) In Zahr (Baden) existiert ein wunderbarer sozialdemokratischer Verein: er besitzt eine viel bedeutendere Mitgliederzahl als vor dem Kriege. Jetzt berichtet die Freiburger „Volkswacht“ von dem schlechten Eindruck, den es machte, daß in der letzten Sitzung des Bürgerausschusses „eine ganze Fraktion fast gänzlich zu fehlen schien“. Es war von den sozialdemokratischen Stadtverordneten nur einer erschienen. Die Sitzung mußte wegen Beschlussunfähigkeit hinausgeschoben werden. Die große Mitgliedschaft des Zahrer sozialistischen Vereins ist aus dem Umstände zu erklären, daß der Sozialdemokrat Herr Stadtrat Richter alle dem Fisch- und Räucherzucker zugewiesenen Weiblichkeiten als überzeugte Sozialdemokratinnen im Verein der Abhängigen hat einschreiben lassen. Sie erhalten wohl das Nähgarn aus der Vereinskasse!

Die Wohnungsnot des Herzogs. Der Braunschweiger Landesversammlung ist eine Vorlage zugegangen, die für die bauliche Herrichtung herzoglicher Schlösser einen hohen Betrag fordert. In einer der letzten Sitzungen führte der Abgeordnete Wolter zur Begründung der Vorlage aus:

„Das Residenzschloß in Braunschweig ist an sich solide gebaut und steht noch kernig da, aber es ist auf einem Phallos erbaut, die Feuchtigkeit ist eingedrungen und hat vielfachen Schaden angerichtet. Die Wohnräume der herzoglichen Familie liegen nach Norden und werden niemals von einem Sonnenstrahl erreicht. Die Räume der Dienerschaft sind nicht heizbar. Das Dach ist zum Teil zerstört und die Feuchtigkeit ist auch von oben eingedrungen. Der Marstall ist vollkommen unzulänglich, ebenso die Wagenremisen.“

Nun hat der Herzog von Braunschweig nicht bloß eine Wohnung. Er hat noch Schlösser in Blankenburg, Wolfenbüttel und an anderen Orten. Aber auch von diesen Wohngelegenheiten wurden ähnliche Nieder gelungen. Die Landesversammlung ließ sich auch rühren und bewilligte mit 23 gegen 8 Stimmen die verlangte Summe. Beanstandet wurde allerdings, daß in einer Zeit, in der überall Pferde fehlen, für den Umbau der herzoglichen Marställe — 1 200 000 Mark verlangt würden.

Zwei Welten. Ungefähr zu derselben Zeit, in der die Genossin Sonja Nabinowich in ihrer Stadelheimer Kerkerzelle körperlich gepeinigt und seelisch gebrochen ihrem Leben, das für Völkerrfrieden und die leidenden und darbedenden Menschen gekämpft hatte, ein Ende machte, fand in einem anderen Münchener Vororte, in Schwabing, ein „Atteliefest“ statt, an dem mehrere Hundert Personen teilnahmen. Damen waren maskiert. Getanzt und gesungen wurde bis zum frühen Morgen. Es wurde ein Eintrittsgeld von 30 Mark erhoben. Speisen, Champagner, Räucherkerzen gab es in Hülle und Fülle. Die Münchener Polizeidirektion erzählt darüber: Das „Atteliefest“ fand im Atteliebau des Professors Dr. F. v. Tierch als Maskenball statt. Veranstalter des Festes waren erstens der ledige „Regisseur“ Karl August Kroth, geboren 1893, zum Militärdienst untauglich, zweitens die amerikanischen Staatsangehörigen Hermann und Lucie Schäffer, Kunstmalerscheleute, und drittens Frau Unis Wagenseil, geborene Taylor, früher amerikanische, nun deutsche Staatsangehörige, deren Gemann, Schriftsteller Hans Wagenseil, sich wegen Verweigerung der Militärdienstpflicht in Haft befindet. Dies konnte aus folgendem im Bericht vorgefundenen Dankschreiben an die Atteliebauer festgestellt werden: „Wir danken nochmals herzlich für die Freundlichkeit, mit der Sie uns Ihre herrlichen Attelieerräume zur Verfügung gestellt haben, und gestatten uns nach einem künstlerisch wohl gelungenen Feste Ihnen diesen blumigen Morgenruhm zu senden. Ergebenst Frau Hermann Schäffer, Frau Unis Wagenseil-Taylor, Hermann Schäffer, Karl August Kroth.“ An dem Feste nahmen etwa 140 Personen teil, meist Schriftsteller, Künstler und Offiziere mit ihren „Damen“. Wegen die Veranstalter des Festes wurde Strafanzeige wegen Abhaltung einer Tanzunterhaltung zu verbotener Zeit, wegen groben Unfugs und wegen Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über den Verkehr mit Lebensmitteln erstattet. Gegen die Veranstalter; was geschieht den Teilnehmern? Das ist so ein Kapitel des Durchhaltens während der blutigsten Schlachten!

Berantw. Redakteur: C. Leib; Verleger H. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.
Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.